**Landtag**
**Nordrhein-Westfalen**
17. Wahlperiode

**Ausschussprotokoll**
**APr 17/1602**
28.10.2021

# Ausschuss für Kultur und Medien

**67. Sitzung (öffentlich)**

28. Oktober 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:38 Uhr bis 16:07 Uhr

Vorsitz: Oliver Keymis (GRÜNE)

Protokoll: Benjamin Schruff

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** **5**

**1 Vielfalt und Facettenreichtum unserer Gesellschaft müssen sich auf der Bühne und in den Strukturen abbilden!** **6**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13779

– Gespräch mit sachverständigen Gästen

**2 Gesetz zum Erlass eines Kulturgesetzbuches sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer Vorschriften (Kulturrechtsneuordnungsgesetz)** **25**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13800

Ausschussprotokoll 17/1513 (Anhörung vom 26.08.2021)
Ausschussprotokoll 17/1552 (Anhörung vom 16.09.2021)

– Wortbeiträge

**3 Verkauf der Wirkungsstätte von Joseph Beuys in Düsseldorf** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **32**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5899

– Wortbeiträge

**4 „UNRWARTET“ – Kampagne für Kunst und Kultur auf dem Kulturkenner** *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung; computergestützte Präsentation s. Anlage 2)* **34**

**–** mündlicher Bericht der Landesregierung

**5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)** **36**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Einzelplan 02
Vorlage 17/5532 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/5875 (Antworten der Landesregierung auf Fragen der AfD-Fraktion)

Einzelplan 06
Vorlage 17/5614 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/5717 (Bekanntgabe eines Neudrucks)
Vorlage 17/5902 (Antworten der Landesregierung auf Fragen der AfD-Fraktion)

In Verbindung mit:

**Finanzplanung 2021 bis 2025 des Landes Nordrhein-Westfalen**

Drucksache 17/14701

**a) Einzelplan 02; Kapitel 02 060 (Medien)** **36**

**–** keine Wortbeiträge

**b) Einzelplan 06; Kapitel 06 050 (Kulturförderung), Kapitel 06 080 (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen)** **36**

**–** Wortbeiträge

**6 Aktueller Sachstand zu den Auswirkungen der Coronaschutzverordnung auf die Kultur- und Medienbranche** *(Fortlaufende Berichterstattung auf Wunsch der SPD-Fraktion [s. APr 17/1187])* **38**

– mündliche Berichte der Landesregierung

**7 Verschiedenes 40**

**a) Medienressort 40**

**b) Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag 40**

**c) Dritte Orte im ländlichen Raum 41**

**d) WDR-Geschäftsbericht 2020 41**

Der Ausschuss nimmt die Vorlage Drucksache 17/5662 zur Kenntnis.

**e) Zuordnungen von Übertragungskapazitäten 41**

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen Drucksache 17/5700 und Drucksache 17/5833 zur Kenntnis.

**f) Begrüßung von János Buck 42**

**g) Verabschiedung von Dr. Stefan Nacke (CDU) 42**

* * *

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

gratuliert **Vorsitzender Oliver Keymis** Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) zur Berufung in das Kabinett Wüst, worauf die Fraktionen von CDU und FDP mit Beifall reagieren.

**1 Vielfalt und Facettenreichtum unserer Gesellschaft müssen sich auf der Bühne und in den Strukturen abbilden!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13779

– Gespräch mit sachverständigen Gästen

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – sowie den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen am 19.05.2021)*

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Ich freue mich, vier Gesprächsgäste bei uns zu haben, zwei sind anwesend, zwei sind zugeschaltet: Frau Julia Wissert ist Intendantin am Theater Dortmund. Herzlich willkommen, Frau Wissert, schön, dass Sie da sind.

(Julia Wissert [Theater Dortmund]: Danke!)

Frau Karakaş ist von der Uni Hildesheim zugeschaltet. Schön, dass Sie dabei sind. Außerdem begrüße ich Frau Professorin Dr. Gross, die uns aus Coburg zugeschaltet ist. Dann sitzt da noch Dr. Jens Schneider, der an der Uni Osnabrück tätig ist. Ihn werde ich die ganze Zeit duzen, weil wir schon zusammen Theater gespielt haben. Ich meine, die SPD-Fraktion hat dich vorgeschlagen.

(Kopfnicken von Dr. Jens Schneider [Universität Osnabrück])

Dann haben die Sozis sich also jemanden eingeladen, den ich schon lange kenne.

(Heiterkeit – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das muss ja kein Mangel sein!)

Wie lange kennen wir uns jetzt schon? 40 oder 45 Jahre?

(Dr. Jens Schneider [Universität Osnabrück]: Ungefähr!)

Wir haben zusammen „Leonce und Lena“ von Georg Büchner gemacht.

(Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen [MKW]: Oh!)

Das war ein tolles Stück.

(Dr. Jens Schneider [Universität Osnabrück]: Bedenken Sie, es ist Latein!)

– Der Kollege weiß den Text noch. Sobald ich Zeit dafür habe, steigen wir in das Geschäft wieder ein, das haben wir uns schon vorgenommen. Jens, schön, dass du heute da bist und dein Fachwissen einbringst.

Nun werde ich die Gäste aufrufen und Sie bitten, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen. Anschließend kommen wir gemeinsam ins Gespräch. Zum Schluss kann die Ministerin gegebenenfalls noch eine Einschätzung zu diesem komplexen Thema abgeben. Zu lang sollte es aber nicht werden, da wir noch andere Tagesordnungspunkte

zu behandeln haben und wir gegen 16 Uhr den Saal verlassen müssen, damit ein anderer Ausschuss hier tagen kann.

Frau Wissert, Sie sind dran. Bitte schildern Sie, wie Sie den Antrag, die darin enthaltenen Forderungen und die Fragen, die er aufwirft, aus der Perspektive Ihrer Arbeit bzw. Praxis einschätzen.

**Julia Wissert (Theater Dortmund):** Wir saßen unten gerade zusammen und haben uns darüber ausgetauscht, wie schwierig es ist, kurz zusammenzufassen, was man über einen solchen Antrag denkt. Ich kann sagen, dass ich es für richtig halte, eine Bestandsaufnahme zu machen und Daten zu erfassen. Als einzige schwarze Intendantin in Deutschland sage ich aber gleichzeitig, dass mir der Zeitfaktor etwas Sorge bereitet, da es mehr als brennt.

Es geht nicht nur darum, Daten offiziell zu erfassen. Es gibt schon Daten wie Doktorarbeiten und andere Texte zum Thema, außerdem gibt es diesbezüglich mittlerweile Aufmerksamkeit seitens der Medien. Trotzdem verändert sich nur wahnsinnig langsam etwas, was meines Erachtens mit der Komplexität der Gesamtsituation zu tun hat.

Es wäre es super, Daten zu erheben, dann aber stellt sich die Frage, was Sie mit den Daten machen würden. Das Problem ist, dass es Personen bräuchte, die in die Strukturen hineingehen wollen, um dort Veränderungen herbeizuführen. Diese Personen müssten ordentlich ausgebildet sein und die Fähigkeit haben, derartige Positionen zu übernehmen. Im Bühnenverein etwa wird gerade darüber diskutiert, dass im Grunde keinerlei Leitungsweiterbildung bzw. -fortbildung angeboten wird. Das gilt insbesondere im Hinblick auf Frauen* bzw. mehrfach marginalisierte Personen.

Es wäre wie gesagt hervorragend, diese Daten zu haben. Aber dann wäre es auch gut, Handlungen auslösen bzw. Maßnahmen ergreifen zu können, wenn tatsächlich Fälle benannt werden würden. Meines Erachtens gibt es an jedem Tag, in jeder Stunde an einen Theater oder einer anderen Kunst- oder Kulturinstitution irgendwo in Deutschland einen rassistischen Vorfall. Es stellt sich also die Frage, was es für Konsequenzen gibt und was dagegen unternommen wird. Was passiert mit den Personen, denen so etwas vorgeworfen wird?

Es geht nicht darum, jedenfalls nicht in erster Linie, nach Schuldigen zu suchen, sondern vielmehr darum, das Problem als strukturell anzuerkennen und zu sagen: Theater und alle anderen Institutionen sind Teil der deutschen Gesellschaft, und alles, was in der Gesellschaft wirkt, wirkt auch innerhalb der Theater. – Solange wir also strukturellen Rassismus in Deutschland haben, der sich meiner Meinung nach in den nächsten zehn Jahren nicht auflösen wird, wird dieser auch in die Theater hineinwirken.

Es braucht also neben den Daten Modellprojekte, Personen und das Wissen darum, wie im Falle eines Falles gehandelt werden kann. Betroffene müssen wissen, wohin sie sich wenden können. Gleichzeitig müssen Personen, die rassistisch gehandelt oder ein rassistisches bzw. diskriminierendes Arbeitsumfeld geschaffen haben, wissen, wo sie Fort- bzw. Weiterbildungen bekommen können, um den entsprechenden Vorfall strukturell aufzuarbeiten.

Sobald man in eine Institution kommt und sagt, dass es strukturellen Rassismus gebe, bekommen alle erst einmal Panik und es heißt: Aber ich bin doch kein Nazi. – Struktureller Rassismus bedeutet aber nicht, ein Nazi zu sein. Es geht vielmehr darum, dass wir alle mit bestimmten Bildern und Verhaltensmustern sozialisiert sind. In bestimmten Kontexten kommt es zu Reibungen, wenn diese Bilder infrage gestellt werden. Was passiert, wenn eine schwarze Frau die mächtigste Person einer Organisation ist? – Sie werden alle sagen: Das wird dann natürlich hingenommen. – Ich kann Ihnen aber sagen, dass es so leicht nicht ist. Diese Bilder müssen irgendwie sichtbar gemacht und aufgearbeitet werden. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Ich habe nicht so viel Zeit, nicht wahr, Herr Keymis? – Die anderen sollen auch noch etwas sagen, deshalb sage ich zunächst einmal das.

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Ganz wie Sie wollen, Frau Wissert. Vielen Dank, dass Sie das gesagt haben. Wir kommen gleich noch ins Gespräch, insofern wird die eine oder andere Rückfrage bzw. Ergänzung möglich sein.

**Nurten Karakaş (Universität Hildesheim** *[per Video zugeschaltet]***):** Ich danke für die Einladung und dafür, dass ich auch online teilnehmen kann. – Ich kann mich den Ausführungen von Frau Wissert nur anschließen. Ich denke, dass die strukturelle Ebene besonders schwer zu erfassen und außerdem schwer zu verändern ist.

Oft wird das Thema „ Rassismus“ so angegangen als handle es sich um ein Problem von Individuen, Communitys oder einzelnen schwarzen Schafen. Das ist aber nicht der Ausgangspunkt, wenn wir sagen, dass Rassismus ein strukturelles Problem sei. Er strukturiert unsere Gesellschaft in Kunst und Kultur bzw. in Theatern genauso wie im Feld Schule, aus dem ich komme. Ich bin disziplinär in der Erziehungswissenschaft zu verorten. Dort haben wir es mit ähnlichen Situationen und Problemen zu tun.

Um eine Ausgangslage abschätzen zu können, wäre es natürlich sinnvoll, eine Bestandsaufnahme zu machen. Dabei sind besondere Werkzeuge sehr wichtig, um bestimmte Fragen und Erhebungsinstrumente diskriminierungssensibel entwickeln zu können. Das wäre im Vorfeld zu beachten.

Ich denke, dass Frau Wissert einen weiteren wichtigen Punkt angesprochen hat: Was passiert danach? Welche Maßnahmen kommen danach? Ich biete selbst Workshops an, denke aber, dass einzelne Workshops, punktuelle Interventionen das Problem nicht lösen. Sie sind meist ein Feigenblatt und werden gerne von Institutionen eingesetzt, um zu zeigen, dass sie etwas dagegen machen. Sehr sinnvoll wären prozessbegleitende Supervisionen oder Maßnahmen, um die Häuser bei der Umsetzung der in diesen Workshops angeregten Veränderungen zu unterstützen und zu begleiten. Ich denke, dass das prozessorientiert sein muss. Es muss auf die Ausgangslagen und die Bedarfe der Häuser ausgerichtet sein, außerdem müssen ihnen Ansprechpartner in Sachen „Struktur“ zur Seite gestellt werden. Es könnten natürlich Institutionen sein, die sie begleiten, aber auch Freiberufliche, die in diesem Feld unterwegs sind.

Ich möchte noch auf den Aspekt der Macht eingehen bzw. eine machtkritische Perspektive einbringen, weil Rassismus viel mit Macht zu tun hat. Es geht nämlich nicht

nur um die Benachteiligung von – in Anführungszeichen – bestimmten Communitys, sondern grundsätzlich um gewisse Machtstrukturen. Wir haben im Gorki Theater eine Diskussion gehabt, weil eine Frau of Color in der Kritik dafür stand, eine unangemessene Leitungshaltung zu haben. Ich denke, dass man sich die gesamten Machtstrukturen auf allen Ebenen der Kultureinrichtungen anschauen muss. Ich meine, dass das Problemfeld sehr komplex ist und differenziert betrachtet werden muss, um entsprechend komplexe Maßnahmen gestalten zu können.

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Karakaş. Das war sehr erhellend und ging fast über den Antrag hinaus, da Sie schon über Maßnahmen gesprochen haben, obwohl zunächst eine Erfassung gefordert war. Wir bewegen uns also schnell auf das Thema zu.

**Prof.'in Dr. Hellen Gross (Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg** *[per Video zugeschaltet]***):** Ich bedanke mich für die Einladung. Schön, dass ich hier virtuell einen Beitrag leisten kann. – Ich kann mich meinen zwei Vorrednerrinnen eigentlich uneingeschränkt anschließen. Sie haben viele Punkte gebracht, zu denen man Fragen stellen kann: Warum macht man eine Datenerhebung? Was sind die Konsequenzen daraus?

Ich würde den Blickwinkel auf das Feld gerne weiten. In meiner Forschung geht es nicht nur um das Thema „Rassismus", ich bin vielmehr in der Gleichheitsforschung aktiv. Hier geht es darum, Ungleichheiten abzuschaffen. Ungleichheit entsteht natürlich durch Rassismus, aber auch durch Antisemitismus, durch Feindlichkeit gegenüber queeren Communitys oder unterschiedlichen Religionen und durch die generelle Marginalisierung von Menschen mit Behinderung. Ich meine, dass all das zu bedenken ist, wenn wir über Diversität im Kulturbetrieb sprechen. Rassismus ist ein großes und wichtiges Thema, aber nicht das einzige.

Frau Wissert hatte angedeutet, dass es eine gute Datenlage gebe. Das ist so, wir haben viele Studien. Vielleicht schreibe ich Ihnen mal eine Mail, eventuell kennen Sie noch die eine oder andere, die ich nicht kenne.

Wir haben das in der Forschung ehrlich gesagt einfach vorausgesetzt. Der deutsche Kulturbetrieb ist unglaublich zäh, was Veränderungen angeht. Die Strukturen sind hierarchisch und bürokratisch und bringen sehr homogen besetzte Positionen mit sich. In der Forschung haben wir den Blick mittlerweile darauf gerichtet, warum das so ist: Welche Hemmnisse sorgen dafür, dass diese Betriebe so zäh sind und sich so wenig ändern kann?

Sowohl mittels der betriebswirtschaftlichen Forschung als auch mittels der Studie, an der ich arbeite, haben wir schon erste Erkenntnisse gewonnen. Diesbezüglich kann man das aufgreifen, was Frau Wissert schon gefragt hat: Wo kommen die Menschen her, die die einzelnen Stellen diverser besetzen könnten? – Wir müssten in die Ausbildungshäuser schauen. Was machen wir mit den bestehenden Strukturen? Können wir da Änderungen herbeiführen? Frau Karakaş hatte über Trainings gesprochen. Da sehe ich noch mehr, aber darauf komme ich gleich zu sprechen.

Wenn wir über systematische oder strukturelle Probleme sprechen – Sie hatten systematischen oder strukturellen Rassismus erwähnt –, ist es mir ein Anliegen, auf grundlegende Mythen hinzuweisen, die in Deutschland meiner Ansicht nach dafür sorgen, dass es so zäh ist, für mehr Vielfalt auf der Bühne zu sorgen: Es gibt den Mythos der Hochkultur, und die Freiheit der Kunst ist sakrosankt und wird nicht angetastet.

In den Interviews, die wir in der aktuellen Studie führen, sehen wir das ganze Spektrum: Das geht von offenem Rassismus, der gelebt wird, bis hin zu Menschen, die in den Häusern Marginalisierung erfahren. Sie werden etwa – im wörtlichen Sinne – nicht hineingelassen: Man gibt ihnen einfach keine Zugangskarte zum Haupthaus, sondern packt sie in einen Container. Stücke, die diverser sind, finden nie auf den großen Bühnen statt, sondern eher auf den kleineren Nebenschauspielplätzen. Ich könnte sehr viel zu dem berichten, was wir an Hemmnissen und Missständen finden, wenn wir mit den Menschen in den Häusern sprechen. Frau Wissert ist da ja ganz nah dran.

Ich denke, dass es eine sehr schwierige Gemengelage ist, weil wir Probleme auf den individuellen Ebenen haben, auf denen die Menschen zusammenarbeiten. Das betrifft beispielsweise rassistische Einstellungen. Auf der Gruppen- bzw. Organisationsebene stellt sich die Frage, wie hierarchisch die Kulturbetriebe sind. Und auf der systemischen Ebene geht es darum, wie verankert die Ungleichheit noch in der Gesellschaft ist.

Ich habe erst vor Kurzem ein interessantes Papier aus Schweden gelesen, in dem es darum ging, was man tun könne. Die Schweden bearbeiten gerade ein ähnliches Thema. Auch dort ist die Freiheit der Kunst als eines der großen Hemmnisse identifiziert worden: Warum rückt man nicht ab von einem weißen Tenor hin zu einer Person of Color? Sie haben argumentiert, dass die Politik stark in der Pflicht sei. Natürlich seien auch Trainings vor Ort interessant, aber man müsse über Quoten, Siegel, Rankings sprechen.

Das kann ich Ihnen, über den Antrag hinausgehend, mitgeben: Datenerfassung ist gut und ein erster wichtiger Schritt, um zu belegen, wie wichtig das Thema ist und um argumentieren zu können, warum sich etwas ändern muss. Das ist keine Frage. Aber ich schließe mich meinen Vorrednerinnen an: Was wollen Sie mit den Daten tun?

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Dr. Gross, für Ihre Hinweise und Ihre Frage. Damit werden wir uns beschäftigen.

**Dr. Jens Schneider (Universität Osnabrück):** Auch von meiner Seite vielen herzlichen Dank. – Um das Rätsel für den Ausschussvorsitzenden aufzulösen: Ich nehme an, dass ich eingeladen worden bin, weil ich gerade eine Studie leite, die unter dem Titel „Kulturproduktion in der Migrationsgesellschaft“ läuft. Sie wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen einer Förderlinie zum Thema „Migration und gesellschaftlicher Wandel“ gefördert. Wir haben im Zusammenhang mit dem Aspekt des institutionellen Wandels erfolgreich einen Antrag gestellt, um uns mit Kulturinstitutionen beschäftigen zu können.

Man muss dazu sagen, dass ich nicht aus der Kulturforschung bzw. dem Kulturbereich, sondern von einem Institut für Migrationsforschung komme. Das ist insofern produktiv, als dass ich bestimmte Dinge mit Befremden wahrnehme. Ich habe Bildungsforschung gemacht, wir haben uns mit sozialen Organisationen, Stadtteilen usw. beschäftigt. Dort ist in den vergangenen 50 Jahren in Reaktion auf die Etablierung der Migrationsgesellschaft unheimlich viel passiert. Wir benutzen übrigens den Begriff „Migrationsgesellschaft“, weil wir sagen, dass Migration nicht nur Einwanderung bedeutet, vielmehr gibt es alle möglichen Formen der Migration: rein und raus, quer durch und wieder zurück, Pendeln und Return usw. All das prägt unsere Gesellschaft, es also nur auf Migrationshintergrund oder Einwandern zu beschränken, macht die Sache zu einfach.

Eigentlich wollte ich aber etwas zum Befremden sagen: Als alter Theaterfreund habe ich angefangen, mich mit Theatern als Institutionen zu beschäftigen und festgestellt, dass vieles von dem, was auf Stadtteilebene und in anderen Organisationsformen, etwa im Sport, in den vergangenen 50 Jahren passiert ist, in den Theatern einfach noch nicht angekommen ist; und in den Museen ist es noch schlimmer.

Es gibt viele Debatten über Diversity-Management. Theater sind große mittelständische Unternehmen mit 300 bis 400 oder sogar mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Man tut aber so, als wären nur die Leitungsebene und das Ensemble interessant, und dann regelt man das alles auf kollegialer Ebene. Eigentlich aber sollten bestimmte Mechanismen in einer sozialen Organisation selbstverständlich sein. Dazu gehören Konfliktmanagement, Beratungsstellen, Gleichstellungs- bzw. Diversitätsbeauftragte usw. Zwar gibt es das inzwischen an vielen Häusern, aber es ist eben keine Selbstverständlichkeit.

Gleichzeitig sind Kultureinrichtungen typische mehrheitsgesellschaftliche Institutionen, die vor allem an der Mittelschicht ausgerichtet sind. Die Akteur*innen kommen aus der Mittelschicht, auch das Publikum kommt vor allem aus der Mittelschicht; man könnte auch sagen, dass es bürgerlich ist. Wir sehen bestimmte Mechanismen, die wir in der Gesellschaft insgesamt beobachten können. Man kann es bei den Parteien, den Fraktionen und vielen anderen Organisationsformen sehen: Im Grunde wird nicht zur Kenntnis genommen, dass sich die gesellschaftliche Wirklichkeit längst in Richtung Hybridität, Superdiversität, Supervielfalt entwickelt hat.

Düsseldorf etwa gehört zu den Städten, in denen rund 40 % der Bewohner einen Migrationshintergrund haben – trotz aller Problematik benutze ich diese Krücke als einen Indikator dafür, dass hier unheimlich viel Vielfalt vorhanden ist. Vielen ist nicht klar, dass in praktisch allen deutschen Großstädten 50 % der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben. Das Publikum von morgen ist also mehrheitlich divers. Das spiegelt sich aber lediglich im Kinder- und Jugendtheater sowie in Outreach-Projekten wider. Ein Übergang – die Haupt- und Nebenbühnen wurden schon erwähnt – findet komischerweise nicht statt. Eigentlich ist das alles in den einzelnen Häusern vorhanden, aber der Schritt von den Kinder- und Jugendtheatern, von den Nebenbühnen auf die Hauptbühnen findet nicht statt.

Zum Antrag selber und der Frage nach einer Studie: Ich komme aus der Wissenschaft, und deswegen finde ich Studien natürlich immer gut. Darüber freuen wir uns.

(Heiterkeit vom Vorsitzenden Oliver Keymis)

Ich würde aber zu bedenken geben – das ist meine befremdliche und merkwürdige Erfahrung mit unserem Forschungsprojekt in den vergangenen drei Jahren –, dass Kultureinrichtungen nicht damit klarkommen, wissenschaftlich untersucht zu werden. Wir haben mehrfach Kooperationen, auch formeller Art, mit Kultureinrichtungen gehabt, die aufgekündigt wurden, sobald wir gesagt haben, dass wir gerne Feldforschung betreiben und Mitarbeiterinnen interviewen würden. Dann waren die Kooperationen auf einmal vorbei. Wir haben Theater und Museen mittels eines Onlinefragebogens befragt. Von vielen Hundert Häusern, die wir bundesweit angeschrieben haben, haben 40 Theater geantwortet. Sehr gute Response, sehr gute Rückmeldungen hatten wir seitens der Kulturämter, aber bei Museen und Theatern war das mit dem Rücklauf wie gesagt sehr schwierig.

Wenn man also bei den großen Kultureinrichtungen eine solche Studie machen will, muss die gut gemacht sein, und man muss damit rechnen, dass es nicht einfach sein wird, zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen. Es wird nicht reichen, ein Meinungsforschungsinstitut loszuschicken und denen zu sagen: Befragt die mal. – Der Kulturrat hat das gerade gemerkt, da seiner Befragung von Kultureinrichtungen von der Süddeutschen Zeitung attestiert wurde, dass die Ergebnisse überhaupt nicht zu gebrauchen seien. Das zu machen, wäre also reine Zeitverschwendung.

Hinzu kommt – und damit folge ich meinen Vorrednerinnen –, dass wir eigentlich schon alles wissen, jedenfalls in groben Zügen. Es gab die Studie von Thomas Schmidt, in Zusammenarbeit mit dem ensemble-netzwerk, zu Macht und Struktur im Theater. Ich meine, dass demzufolge ein Viertel aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von öffentlich getragenen Theatern in Deutschland Machtmissbrauch erlebt hat. Das ist eine Zahl, das ist vielleicht auch interessant. Aber ist es wirklich interessant oder wichtig, ob es ein Viertel oder ein Drittel sind?

Feststellen können wir, dass es stattfindet: Rassistische Vorkommnisse sind an Theatern gang und gäbe. Die Theater sind nicht darauf eingestellt, damit umzugehen. Sie haben keine etablierten Mechanismen, um in adäquater Weise darauf zu reagieren. Eine Studie bzw. eine Bestandsaufnahme ist wie gesagt nicht schlecht. Meiner Meinung nach sollte sie aber mit einem Modellprozess der Kommunikation verbunden werden: Was muss passieren? In welcher Weise können Landes- und Kommunalpolitik Einfluss nehmen und vielleicht Ressourcen bereitstellen, damit die großen Kultureinrichtungen sich auf einen Weg machen, der dazu führt, dass man mit solchen Vorkommnissen und Ereignissen adäquat umgehen kann?

Ich denke nicht, dass wir es schaffen werden, Theater und Museen zu rassismusfreien Orten zu machen. Das wird so einfach nicht passieren, aber es gibt natürlich eine Fürsorgepflicht. Ich finde es erstaunlich, dass ausgerechnet an den öffentlich getragenen Häusern besonders wenig passiert. Alles, was wir an Fortschritt mitbekommen, kommt von der freien Szene, von den Rändern. An den großen Häusern, die sich das mit ihren großen Budgets eigentlich leisten könnten, passiert besonders wenig. Aus meiner Sicht gibt es aber schlicht eine Fürsorgepflicht des Staates bzw. der öffentlichen Hand dahin gehend, dafür zu sorgen, dass öffentliche Einrichtungen möglichst diskriminie-

rungsfreie Räume sind. Wenn es doch zu Vorfällen kommt, muss unter arbeitsrechtlichen und sozialen Gesichtspunkten adäquat damit umgegangen werden.

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD):** Herr Schneider, das, was Sie erschreckt hat, erschreckt mich noch mehr, obwohl ich damit eigentlich fast gerechnet habe. Kulturbetriebe geben sich nach außen hin und ihrem Publikum gegenüber sehr progressiv, aber sie sind es nicht.

Ich war früher im Kulturausschuss der Stadt Bochum, und ich fand die Besetzung der Intendanz alles andere als progressiv. Es sind alte, weiße, gesunde Männer, die in einem kleinen Klüngel, der nicht bekannt ist bzw. öffentlich gemacht wird, die Besetzung der Intendanz und des Theaterdirektors, also des kaufmännischen Direktors, vornehmen. In Bochum haben wir sicherlich einen progressiven Intendanten, aber er passt genau in dieses Schema.

Ich komme aus der Wirtschaft, ich komme aus großen Unternehmen, und genau das gleiche ist da auch passiert. Es wird von ganz oben auf ähnliche Weise besetzt. Ich gebe Ihnen recht: Warum sollte das an einem Theater anders sein, wenn man das nicht öffentlich macht, und wenn man das nicht anprangert?

Die Theater gehören zum größten Teil den Städten oder teilweise – wie hier in Düsseldorf – dem Land. Sie werden mit umfangreichen Landesmitteln subventioniert bzw. finanziert. Man müsste vielleicht einfach mehr Öffentlichkeit bei der Besetzung von wichtigen Positionen herstellen, dann schaffen es mehr Frauen; mehr Frauen, die jung oder behindert sind oder eine andere Hautfarbe als schneeweiß haben.

Ich meine nicht, dass das einzige Problem struktureller Rassismus ist. Wir finden auf diesen Ebenen, in leitenden Positionen einen Vorbehalt gegen junge Menschen, gegen Frauen und erst recht gegen Behinderte. Ich habe eine Behinderung, die man – Gott sei Dank! – nicht sieht. Dann funktioniert es, aber wehe, man sieht eine Behinderung.

Deswegen bin ich schon der Meinung, dass man diese Studie in Auftrag geben sollte, und zwar möglichst seitens des Landes. Es sollte so laufen, wie Sie es sagen. Es sollte eine Intention geben, dann gibt es vielleicht auch Ergebnisse. Ich meine nicht, dass es nur der Rassismus ist, vielmehr ist es, ähnlich wie in den DAX-Unternehmen, eine Struktur, die aufgebrochen werden muss.

**Andreas Bialas (SPD):** Herzlichen Dank für Ihre Beiträge, denen ich entnehme, dass man einer Studie letztendlich nicht kritisch gegenübersteht, aber natürlich fragt: Wozu dient es? Was soll man damit? Wohin geht es? Die wesentlichen Fragen sind vielleicht: Wie schafft man ein Problembewusstsein für bestehende Probleme? Wie kann man für eine kritische Masse sorgen, sodass sich tatsächlich etwas ändert? Eine Frage an alle wäre: Was sind die Instrumente, um etwas zu ändern?

Die Studie soll natürlich nicht rein empirisch erfassen, wie häufig etwas passiert, nur um es dann aufzuschreiben. Vielmehr soll – das wurde schon angesprochen – eine Deskription dessen erfolgen, was vor Ort tatsächlich passiert. Vielleicht könnten so

auch Bilder erzeugt werden. Bilder oder Geschichten sind nämlich manchmal wirkmächtiger als jede Statistik.

Wenn man fragt, inwieweit es in irgendeinem Bereich – das gilt nicht nur für den Kulturbetrieb – Diskriminierung bzw. Rassismus gibt, wird oftmals nur darauf geschaut, inwieweit das strafrechtlichen Charakter hat. Ist das der Fall, muss zwingend etwas unternommen werden, ansonsten wird normal weitergemacht.

Ein weiterer Punkt ist der strukturelle Rassismus. Hier geht es auch um die Form des Umgangs damit. Wenn man sich bewusst ist, dass struktureller Rassismus besteht, muss man sein Hirn einschalten. Man klopft sich zweimal auf den Kopf und merkt: Holla, die Waldfee! Da sitzt ein Mensch, der würdevoll zu behandeln ist.

Wie schafft man Möglichkeiten dafür, solche Veränderungen herbeiführen zu können? Das gilt gerade mit Blick auf die bereits erwähnte öffentliche Hand, die die Institutionen bzw. die Kunstproduktion schließlich fördert. Inwieweit wird auch die Gewährleistung von würdevollen Arbeits- und Lebensbedingungen gefördert? Dabei spreche ich noch nicht einmal von Culture Leadership, Compliance und Sonstigem. Aber wie viel gibt es für das gut gesungene hohe C und im Vergleich dazu für – Sie haben es alle erwähnt – die Bewältigung der enormen gesellschaftspolitischen Herausforderung, die in den Kulturinstitutionen schlummert?

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Soweit Fragen aufkommen, bitte ich unsere Expertinnen und Experten, diese zu notieren. Herr Bialas etwa fragte nach den Instrumenten, um etwas zu ändern. Wenn Sie sich das für die nächste Runde notieren könnten, wäre das sehr hilfreich für uns.

**Bernd Petelkau (CDU):** Herzlichen Dank an unsere Experten für die Erkenntnisse, die wir allein aus der ersten Runde haben ziehen können. – Ich meine, dass es wichtig ist, in der Debatte noch stärker zwischen zwei Themenblöcken zu differenzieren. Der erste Block umfasst Teilhabe und Diversität. Wie können wir die Strukturen im Kulturbereich so ändern, dass wir am Ende die Vielfalt unserer Gesellschaft in ihnen wiederfinden?

Es wurde schon auf die Zugangsbarrieren hingewiesen. Es gibt die Erkenntnis, dass wir nach wie vor größere Probleme haben, alle Teile unserer Gesellschaft zu erreichen und ihnen Zugang zu Kultur zu ermöglichen. Inzwischen fördern wir vielfältige niederschwellige Angebote, Straßenkultur und Ähnliches, um Menschen für Kultur zu begeistern, ihnen den Weg in unsere Kulturlandschaft zu eröffnen und ihnen Chancen zu geben. Mich würde interessieren, ob Ihrer Ansicht nach hinreichende Konzepte vorliegen oder ob wir die Schwellen in diesem Bereich weiter einebnen müssen, um den Menschen diese Möglichkeiten zu eröffnen.

Der zweite Themenblock – zu dem mich die Meinung von Herrn Dr. Schneider interessieren würde – umfasst Bereiche wie den Missbrauch, die strafrechtliche Debatte, die MeToo-Problematik, den Antisemitismus und generell die Tatsache, dass Menschen aus unterschiedlichen Gründen diskriminiert werden. Das ist zunächst einmal unabhängig vom Thema „Diversität“ zu betrachten. Das sind Verhaltensmuster, die sich gegebenenfalls aus den Strukturen ergeben und vielfältige Ursachen in unserer

Gesellschaft haben. Dabei unterscheidet sich die Kultur leider nicht sehr von anderen Teilen unserer Gesellschaft und den Strukturen, die wir an vielen Stellen vorfinden. Wir haben in den öffentlichen Einrichtungen schon eine Menge gemacht, um die Machtmissbrauchsfälle und diese Form der Diskriminierung zum einen schonungslos aufzuklären und zum anderen so frühzeitig zu entdecken, dass daraus möglichst schnell Konsequenzen gezogen werden können. Meine konkrete Frage: Was müssen wir als Politik aus Ihrer Sicht in die Wege leiten, um schneller und besser zu werden, sodass die Zahl der Diskriminierungsfälle – welche Form auch immer sie haben mögen – nochmals signifikant abnimmt?

**Lorenz Deutsch (FDP):** Danke für Ihre Ausführungen bis hierhin. – Herr Schneider, ich teile Ihre Überraschung, dass wir im Zusammenhang mit Kulturinstitutionen über dieses Thema diskutieren müssen. Das gilt aber eigentlich nur in der Theorie, da es in der Praxis nicht neu ist. Vielleicht viel zu lange hat man hinter vorgehaltener Hand darüber gesprochen, dass gerade an den Theatern mit besonderer Autorität und sehr hierarchisch agiert wird.

Dieses Grundproblem scheint im Zusammenhang mit dem Thema „Diversität“ an Peinlichkeit zu gewinnen. Vielleicht besteht der Zusammenhang darin, dass diese strukturelle Verfasstheit im Rahmen der Sensibilisierung für bestimmte Themen richtigerweise mehr in den Blick gerät. Man könnte natürlich sagen, dass es bei diesen großen Institutionen in öffentlicher Hand nicht anders sei als bei anderen Institutionen in öffentlicher Hand, in denen es auch Beharrungskräfte gebe. Man könnte die Diskussion aber auch spezifischer führen. Ich hatte in diesem Haus schon einmal gefragt, welches die besonderen Bedingungen im Kultur- bzw. Theaterbetrieb sind, die das begünstigen. Hierarchische Organisationsformen und künstlerische Prozesse führen nicht unbedingt dazu, dass sich demokratische Methoden etablieren, vielmehr sind sie mit starker Führung verbunden. Ohne gleich das Geniekonzept bemühen zu wollen: Ein Regisseur, eine Regisseurin benutzt das Ensemble, das ganze Haus als Instrument, um zu gestalten. Sind das nicht Bedingungen, die gewisse Verhaltensweisen überlagern, befördern oder akzeptabel erscheinen lassen?

Hinzu kommt, dass wir es mit einem Arbeitsmarkt zu tun haben, in dem es, trotz der erbärmlichen Tarife, ein Hauptgewinn ist, im Ensemble eines Stadttheaters beschäftigt zu sein. Intrinsisch motivierte Menschen wollen genau dorthin und sind vielleicht in besonderer Weise geneigt, Dinge zu akzeptieren, die sie außerhalb dieses Berufs nicht akzeptieren würden. Wie unterscheiden sich die spezifischen Bedingungen in Kulturbetrieben von denen, die in anderen großen Institutionen oder der Gesamtgesellschaft wirksam sind? Ich meine, dass man darauf genauer zusteuern müsste.

Ich habe eine sehr konkrete Frage, eingeleitet mit einer These. Sie haben bereits gesagt, und ich finde das auch, dass wir kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem haben. Studien schaden in der Regel nicht, aber vielleicht ist es – wie Frau Wissert eingangs bemerkte – wichtiger, mit Blick auf die Zeitschiene zunächst Praxisimpulse zu setzen.

Herr Schneider erwähnte den Begriff „Modellprozess“. Mich würde interessieren, welche konkreten Maßnahmen er, Frau Gross und Frau Karakaş in diesem Zusammenhang

für zielführend halten würden. Wie kann man von außen Impulse bzw. Hilfestellungen in die Institutionen hineintragen? Wir haben von Herrn Schneider gehört, dass man nicht gerade mit offenen Armen empfangen oder sogar wegignoriert werde. Wie kann man Angebote unterbreiten, die auf Resonanz stoßen? Mit Zwangsmaßnahmen wollen wir nicht arbeiten, da das im Zweifel nicht funktionieren würde. Das Angebot muss also als hilfreich und zielführend erachtet werden. Wie müssten solche Modellprozesse aufgesetzt werden? Was bräuchte es dafür? Das würde ich gerne in das Zentrum stellen. Es ist weniger ein forschender als vielmehr ein pragmatischer Zugriff.

**Julia Wissert (Theater Dortmund):** Ich komme aus der Praxis, und wenn ich so etwas höre, denke ich sofort: Was bedeutet das konkret für meinen Arbeitsalltag? Was könnte ich mitgeben? Ich würde vorschlagen, einen Mini-Thinktank aufzumachen, um zu beschreiben, was ich als Intendantin dazu denke.

Ich will unbedingt diese Studie. Wenn ich über diese Studie zu entscheiden hätte, würde ich auf das Schauspiel Dortmund zugehen und sagen: Wir machen diese Studie zusammen mit der Intendantin und suchen noch drei andere Häuser. – Jetzt gibt es Intendantinnen, die bereit sind, diese Prozesse im Haus mitzugestalten. Was meiner Ansicht nach nicht funktioniert, ist, plötzlich von außen in die Häuser hineinzukommen. Der klassische Intendant, der sich möglicherweise als Genie betrachtet, verfällt verständlicherweise in Schockstarre, wenn er sich selbstkritisch reflektieren soll. Es gibt aber eine neue Generation von Leitungen an den Schauspielhäusern, auch an den freien Häusern.

Ich würde mir die Finger nach dem Geld lecken. Wir würden das gerne machen, haben aber das Problem, dass uns das Geld fehlt. Das würde sich auf die Hälfte unseres künstlerischen Etats belaufen. Ich denke, dass es einfach wäre, drei Häuser zu finden, mit denen man das für die nächsten zwei Jahre als Modell macht. Während man diese Studie macht, muss der Prozess begleitet werden, und zwar nicht nur – Sie sagten es bereits, Frau Karakaş – mit punktuellen Fort- und Weiterbildungen, vielmehr muss die im Raum stehende Vision fortwährend konstruiert werden.

Wir sprechen die ganze Zeit über Defizite. Meine Frage ist: Was wollen Sie eigentlich für eine Kulturinstitution? Sie sagen alle, was Sie nicht wollen. Ich bin sehr klar in dem, was ich möchte. Ich weiß aber nicht, ob wir über dasselbe sprechen. Ohne Ihnen, Herr Schneider, zu nahe treten zu wollen: Ich interessiere mich überhaupt nicht für Diversity-Management, Teilhabe oder Öffnungsprozesse. Meiner Ansicht nach haben wir in den vergangenen 30 Jahren etwas verpasst, und müssen jetzt erst einmal auf die Menschen zugehen und sagen: Wir haben euch verletzt. Wir haben euch beschimpft, euch antisemitisch oder ableistisch beleidigt und das als Kunstfreiheit verkauft. – Jetzt aber wollen wir Teilhabe und sagen: Kommt herein, kommt in diese Institution, die euch wehgetan hat. – Manche meinen, es fehle an Interesse. Meine These ist, dass es nicht an Interesse fehlt, sondern dass die Menschen irgendwann gesagt haben: dann eben ohne uns. – Die Generationen, die nachkommen, sind Teil einer Gesellschaft, die permanent auf Bühnen vorgeführt wurde. Es wurde immer wieder gesagt: Kultur für alle, Teilhabe für alle. – Dieses Teilhabeprinzip geht immer davon aus, dass es etwas gibt, was gut ist und was man teilen muss. Theoretisch gesehen, müssten wir aber anfangen,

umzudenken und sagen: Ich bin Regisseurin, ich bin wahnsinnig gut darin, Texte auf eine Bühne zu bringen, und ich habe mich entschieden, eine extrem egomane Kunstform auszuüben. Ich habe mich entschieden, Menschen Ideen in die Köpfe zu setzen, die sie dann auf einer Bühne umsetzen. – Wir können trotzdem auf Augenhöhe miteinander arbeiten, weil das bedeutet, dass ich es mit reflektieren muss. Ich muss mir bewusst sein, dass ich die mächtigste Person in der Institution und außerdem Regisseurin bin. Ich muss darauf schauen, was das für den Umgang bedeutet.

Ich habe das Gefühl, dass wir in den Institutionen für ein Umdenken sorgen müssen, um Diskriminierung abzubauen. Wir können nicht warten, bis etwas strafrechtlich Relevantes geschieht. Meine Kolleg*innen of Color haben kein Problem damit, zu kündigen, weil sie überall Jobs finden würden. Sie werden nicht warten, bis etwas strafrechtlich Relevantes passiert. Ihnen passiert jeden Tag etwas, und sie kommen zu mir und sagen: In dem Gespräch wurde ich schon wieder nicht gehört. Hier wurde ich schon wieder nicht ernst genommen. Hier werde ich nicht angesprochen. Da werden meine E-Mails nicht beantwortet.

Ich meine, dass eine Studie super ist, wenn sie mit den Häusern zusammen als Modellprojekt eine Vision formuliert, bei der klar ist, worum es geht. Wir wünschen uns eine Institution, die die Pluralität unserer Gesellschaft künstlerisch spiegelt bzw. reflektiert. Darüber sollten wir uns Gedanken machen, anstatt zu sagen: Wir brauchen eine Studie, um zu sehen, dass es Rassismus gibt. – Wir können es auch einfach so machen, dass ich als schwarze Person in einer Kulturinstitution Ihnen sage: Ja, es gibt Rassismus in Kulturinstitutionen. – Vielleicht können wir uns darauf einigen. Ein Modellprojekt; Orte, die Expertise liefern; sich mit Universitäten verbinden zu können: Das wäre hervorragend.

Es wurde gefragt, woran es liege, dass es so wenig Veränderungen gebe. Wir sind gerade dabei, genau das herauszufinden. Über unsere Stadtdramaturgie haben wir, angelehnt an ein Konzept aus Holland, eine neue Abteilung gegründet. Die Kolleg*innen machen im Grunde nichts anderes, als zu Initiativen bzw. Organisationen zu gehen, Kaffee oder Tee zu trinken und zuzuhören. Gegebenenfalls sagen sie dann: Wenn ihr eine Probebühne oder eine Musikerin braucht, kommt vorbei. Das Schauspiel Dortmund hat diese Ressourcen. Macht einfach, und wenn es für euch passt, ist das super. – Es gibt keinen Produktionsdruck, wobei das grundsätzlich ein Problem ist, weil mein Chef dann natürlich sofort kommt und fragt: Was ist mit den Auslastungszahlen?

Wenn wir diesen Prozess starten und intersektional denken wollen, brauchen wir nicht die Unterstützung von Wissenschaftler*innen, vielmehr müssen wir uns darauf verständigen, für fünf bis zehn Jahre einen Prozess zu haben, in dem wir uns Gedanken über die Kartenpreise machen müssen. NRW ist kein reiches Bundesland, wir sagen aber, dass Kultur für alle möglich sein solle. Ich bekomme jedoch das Feedback, dass Kartenpreise von 25 Euro zu hoch seien. Ich weiß, dass sie so bleiben werden. Aber das ist eine wichtige Information.

Gleichzeitig bedeutet das, dass Sie als Politiker*innen uns dabei unterstützen müssen, den entstehenden Machtkampf auszuhalten. Es geht nicht nur um die Macht innerhalb der Institutionen – wozu ich auch etwas sagen könnte –, sondern mehr und mehr auch

um einen Dominanzkampf und die Frage, wem die Institution gehört und wer bestimmen darf, was vom Kanon gespielt wird. Menschen schreiben mir E-Mails, in denen es heißt: Bei euch gibt es kein richtiges Theater mehr. – Bei uns gibt es durchaus richtiges Theater, nur ist es aus der Perspektive von Menschen gedacht, die einen anderen Blick darauf haben, weil sie beispielsweise vom Tanz kommen oder hybride Arbeitsformen haben. Nicht das ganze, aber ein Teil des Publikums, für das das Theater bisher immer da war, sagt dann: Unser Raum wird verändert, also kommen wir nicht mehr. Das ist kein Theater. – Das wird die nächste Diskussion bzw. der nächste Kampf sein. Wie können wir Menschen einladen, künstlerische, ästhetische und inhaltliche Veränderungen mit denjenigen Menschen, die sowieso schon gekommen sind, zu gestalten und gleichzeitig den Raum für Menschen öffnen, die dort vorher nicht gearbeitet haben? Man muss aushalten, dass am Anfang vielleicht nur zehn Personen da sind. Sie können mir glauben, dass ich das nicht leichtfertig sage. Auch ich finde es nicht schön, wenn nur zehn Karten verkauft werden. Aber wenn beim ersten Mal zehn Karten verkauft werden, sagt vielleicht jemand, dass es schön gewesen sei, und dann werden zwölf Karten verkauft. Ich bin überzeugt davon, dass das funktioniert, aber das erfordert ein anderes Arbeiten.

Es war von progressiven Intendanten die Rede. Es gibt ein Missverständnis bezüglich der Idee der Doppelfunktion. Ich bin Künstlerin und Leiterin, aber ich meine, dass es nur wenige Personen gibt, die einerseits progressive Künstler*innen sind und andererseits Interesse an Leitung haben. Man kann die Frage stellen, ob man nicht über andere Leitungsmodelle nachdenken muss, um diese Positionen zu trennen. Gleichzeitig kann ich aber sagen – auch in Richtung Frau Karakaş –, dass wir uns darauf geeinigt haben, dass ich Intendantin bin, weil wir die Machtmechanismen der Gesellschaft, innerhalb derer sich auch dieses Theater befindet, genau kennen. Wenn ich als schwarze Frau mit meiner weißen Stellvertreterin in einen Raum komme, passiert es schnell, dass alle meine weiße Stellvertreterin anschauen und fragen, was denn jetzt die Entscheidung sei. Wir sind kein Kollektiv, weil wir wissen, dass das passiert. Wenn ich einen weißen Mann als Stellvertreter hätte, der womöglich auch noch 20 Jahre älter wäre, würde das wahrscheinlich noch häufiger passieren, und alle würden ihn fragen: Was sagen Sie denn dazu?

Meines Erachtens besteht die Herausforderung darin, diese ganzen Mechanismen mitzudenken. Um das verbindlich zu machen, sollten sie in den nächsten Intendanzberufungen direkt gesetzt werden. Was passiert, wenn weitere Intendanzen vergeben werden, und wie wollen Sie dann mit den Modellprozessen umgehen?

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Intendantin Wissert. Das waren wichtige Hinweise, insbesondere der letzte. Die Frage, ob man die Struktur verändert, indem man sie benutzt, halte ich für einen spannenden Ansatz, über den man sicher noch einmal in Ruhe nachdenken muss. Wir werden das tun.

**Nurten Karakaş (Universität Hildesheim *[per Video zugeschaltet]*):** Ich denke, es ist deutlich geworden, wie komplex dieses Thema ist. Hier wird gefordert, eine unabhängige Studie, eine Bestandsaufnahme in Auftrag zu geben. Wir sehen, auf wie vielfältige

Weise dieses Thema angegangen worden ist und welche Ebenen es umfasst. Ein Beispiel ist der Kanon der Theater. Es ist nicht so, dass nur Menschen an Kultur, an Kunst herangeführt werden sollen, die aufgeschlossen sind. Wir müssen diesen Kanon der Hochkultur – Frau Gross deutete es an – grundsätzlich hinterfragen. Wer bestimmt, was Hochkultur ist, was Kunst ist, was Theater ist, was auf die Bühnen kommen soll? Wer nimmt daran Anteil?

Ich bin in den Siebzigerjahren in Berlin aufgewachsen, und es gab schon in meiner Kindheit parallele Theaterstrukturen der sogenannten Migrantencommunitys, wie etwa das Arkadaş Theater in Köln, die aber keinen Zugang zu den bestehenden Staatstheaterstrukturen gefunden haben. Es gibt sie aber weiterhin. Es gibt viele jugendkulturelle Theater, es gibt viele sehr kreative künstlerische Ausdrucksformen. Ich arbeite gerade in einem Projekt namens Migration Lab, mit dem wir versuchen, die Best Practices in diesem Feld in einen Digitalarchiv zu archivieren und sichtbar zu machen. Ich bin erstaunt, wie lebendig unsere Zivilgesellschaft ist und wie lebendig und kreativ Jugendliche in unserer Gesellschaft sind. Auf den Bühnen werden sie aber nicht repräsentiert, das heißt, wir müssen hinterfragen, was auf den Bühnen dargestellt wird. Sollen es nur hochkulturelle deutsche Klassiker sein oder ist es – ihrem eigen Anspruch entsprechend – auch Aufgabe der Theater, das Leben auf die Bühne zu bringen? Diese Bestandsaufnahme sollte also viel umfassender sein. Viele Aspekte wurden hier schon genannt.

Es kam auch die Frage auf, wie man jetzt vorgehen könne. In den Workshops und Trainings wird immer wieder nach einem Handbuch gefragt bzw. um einen Leitfaden gebeten, den man abarbeiten kann. So geht das aber nicht. Ich denke, dass jedes Haus, jedes Theater, jede Stadt individuell darauf schauen muss. Dafür gibt es keine Checkliste, vergleichbar den Diversity-Checklisten, die man einfach abarbeiten kann. Vielmehr muss jedes Haus selber schauen, welche Strukturen es verändern möchte oder muss. Manchmal braucht es vielleicht überhaupt keine Veränderung.

Ich denke, es gibt viele Vorerfahrungen, die dort hineinwirken und genutzt werden können. Man muss die aufgebauten bzw. bestehenden Strukturen, die Erfahrungen von Intendantinnen, andere Perspektiven nutzen; auch die mit 360° gemachten Erfahrungen könnte man sich zunutze machen. Man müsste das aber nachhaltiger gestalten, da dieser Projektcharakter, etwas wird schnell auf- und dann wieder abgebaut, eigentlich kontraproduktiv ist. Man sollte also an langfristigeren Zielen arbeiten. Ich denke, dass all das bei einer Bestandsaufnahme bedacht und berücksichtigt und das Ganze großflächiger, breiter und weiter angelegt werden sollte.

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Danke schön Frau Karakaş. Das waren gute Hinweise, die wir in die weitere Debatte aufnehmen werden.

**Prof.'in Dr. Hellen Gross (Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg** *[per Video zugeschaltet]*)**:** Ich würde gerne ein paar Punkte aufgreifen. Herr Deutsch, Sie hatten gefragt, was so spezifisch am Kulturbetrieb sei, dass sich dort eine solche Beharrlichkeit zeige und keine Veränderungen einträten. Genau diese Frage stellen

wir uns bei unserem Forschungsprojekt an der Hochschule Coburg auch, weil uns interessiert, warum die Prozesse so sind, wie sie sind.

Es wurde auch gefragt, welche konkreten Maßnahmen und Modellprozesse wir vorschlagen könnten. Das ist sehr vielfältig. Man kann auf einer konkreten Prozessebene anfangen, beispielsweise bei den Prozessen rund um das Personal: Wer kommt auf permanente und wer auf befristete Stellen? Wer wird überhaupt eingestellt? Wo werden Stellen ausgeschrieben? Was steht in den Stellenausschreibungen? Was für eine Bewerberlage hat man?

Das führt zu der Frage, wie ausgebildet wird. Man denke an den Rundgang der UdK in Berlin. Wer ist an den Kunsthochschulen überhaupt vertreten? Das wiederum führt zu der Frage, ob sich ein Mädchen of Color bereits in der Schule vorstellen kann, Intendantin zu werden. Solange dieser Traum vollkommen verrückt klingt und das Mädchen sich das nicht vorstellen kann, wird es den Weg in die Ausbildungseinrichtung gar nicht erst finden.

Mittels Interviews gehen wir gerade die Kulturbetriebe durch und schauen, welche Prozesse wir identifizieren können, welche Schwachstellen es gibt und was man anders machen könnte. Ähnlich wie Herr Schneider hätten übrigens auch wir uns mehr Rücklauf gewünscht, das sind nur sehr wenige Interviews.

Einen fertigen Instrumentenkasten habe ich leider nicht. Ich meine aber auch, dass das angesichts der Komplexität nicht leistbar wäre. Man muss wie gesagt mit Trainings und Sensibilisierungen auf der individuellen Ebene ansetzen. Das wird aber am Ende nichts nützen bzw. nur wenig verändern, wenn sich die Strukturen nicht ändern. Wie Frau Wissert andeutete, muss man bei der Intendantenbesetzung etwas anders machen und sich andere Leitungssysteme bzw. Hierarchien überlegen.

Was wir in Coburg als sehr wertvoll empfinden und weiterentwickeln, ist, mit den Menschen zu reden. Man muss allerdings aushalten, dass sie das zunächst doof finden und nicht kommen. Warum sollten Sie auch? Hochkultur und öffentlich getragene Kulturhäuser haben für viele Menschen in unserer Gesellschaft keine Relevanz, da sie nichts von dem behandeln, was in ihrem Alltag relevant ist. Es ist nicht ihre gelebte Kultur, es ist nicht anschlussfähig an ihre Alltagsprobleme und auch nicht inspirierend. Hier könnte der Ansatz greifen, den Frau Wissert beschrieb. Man geht hinaus, redet mit den Communitys, die man vermisst und fragt: Warum seid ihr nicht hier? Was braucht ihr eigentlich?

In Coburg verschränken wir die Kulturarbeit intensiv mit der Sozialen Arbeit. Wir meinen nämlich, dass es diesbezüglich keinen Unterschied zwischen sozialen Projekten, wie Gemeinwesenarbeit bzw. Arbeit in unterschiedlichen Communitys, und Kulturprojekten gibt. Nur wenn die Menschen, die wir vermissen, das Gefühl haben, willkommen zu sein, etwas Relevantes für ihr Leben erleben zu können und sich einen Raum erschließen zu dürfen, werden sie teilhaben. Natürlich wird dann auch über die Gestaltungshoheit über diese Räume diskutiert, aber ich denke, dass sie nur dann kommen werden.

Frau Wissert sprach davon, dass Kartenpreise von 25 Euro zu hoch seien. Es gibt relativ viele wissenschaftliche Papiere, die zum Beispiel Pay-what-you-want-Systeme,

also Zahle-was-du-willst-Systeme, überprüft haben. Teilweise sind das 0 Euro. Wir sehen aber keine Effekte dahin gehend, dass die Zuschauerschaft breiter bzw. diverser würde. Eher scheint es so zu sein, dass für kurze Zeit mehr Menschen kommen, wobei das hauptsächlich solche betrifft, die auch so gekommen wären; die kommen dann eben noch häufiger. Deswegen meine ich nicht, dass die Preise die größte Hemmschwelle sind, auch wenn 25 Euro für manche Menschen sicher ein Thema sind. Ich denke aber, es geht eher um den Habitus, den Gestus und darum, sich willkommen und wertgeschätzt zu fühlen und eine kulturelle Heimat zu finden. Es ist also leider komplexer als nur die Kartenpreise.

**Dr. Jens Schneider (Universität Osnabrück):** Den letzten Punkt würde ich gerne aufgreifen. Ich weiß nicht, ob Sie den Roman „Open City“ von Teju Cole kennen. Es geht um einen jungen nigerianischen Arzt in New York. Es gibt eine Szene, in der er in ein sinfonisches Konzert – ich meine, Gustav Mahler – geht und feststellt, dass er der einzige Schwarze weit und breit ist. Seine Umgebung findet es befremdlich, dass er da ist. Sogar an einem so vielfältigen und hybriden Ort wie New York stören sich die bei diesem Konzert anwesenden Weißen nicht an der fehlenden Hybridität.

Ich meine, dass das das Problem ist. Die Leiterin der Theaterakademie in Hamburg hat einmal zu mir gesagt, dass es sich um eine bildungsbürgerliche Blase handle. Die Theaterausbildung, die Theater bzw. die Kultureinrichtungen selbst, die Kulturpolitik und das Publikum, das man gewohnterweise anspricht, stehen in einem symbiotischen Verhältnis zueinander. Es ist ein größeres Unterfangen, dieses symbiotische Verhältnis aufzubrechen. Man sagt so schön: Never change a winning team. – Das System funktioniert gut. Es werden hervorragendes Theater und hervorragende Oper produziert, es wird hervorragend musiziert usw., usf. Das Produkt ist also toll, und der Weg dahin ist lang. Es ist ja nicht so, als ob man das mal eben aus dem Ärmel schütteln würde, vielmehr braucht es dafür eine lange Ausbildung. Das betrifft die Regieteams, die Dramaturgie und andere. Theater ist eine sehr fein zusammengesetzte Sache.

Wenn man also sagt, dass etwas verändert werden müsse, werden die Menschen verständlicherweise nervös. Beispielsweise könnten die Zuschauerzahlen sinken, weil es nicht mehr das gewohnte Theater ist, oder die Hierarchien geraten durcheinander und auf einmal funktioniert nichts mehr, weil es nicht mehr in den bekannten Abläufen von oben nach unten geht. Es ist also komplex. Es wurde danach gefragt, warum so wenig passiere. Genau das ist einer der begünstigenden Faktoren dafür.

Man ist besorgt um die Qualität der Kulturproduktion, was auch mit einigen Mythen zusammenhängt: Wenn jemand ein bisschen anders aussieht, dann spricht er oder sie mit einem Akzent. Wenn man mit einem Akzent spricht, kann man nicht mehr gut schauspielern. Gleichzeitig haben wir viele nichtdeutsche Schauspieler, die an deutschen Theatern sehr erfolgreich sind und zu den Topstars gehören. Hier braucht es mehr Selbstreflexion aus dem Betrieb heraus, und die Menschen dort – das wäre für mich das Wichtigste – müssen anfangen, selbstreflektiert zu reden.

Zur Idee von gerade, drei oder vier Theater zu nehmen: Nordrhein-Westfalen wäre ein super Modellfeld. Es gibt hier viele Häuser, und in Nordrhein-Westfalen findet sich die gesamte Bandbreite Deutschlands wieder.

Sie als Politik müssten mit den Praktikerinnen und Praktikern in einen Diskussionsprozess eintreten, und wenn auch ein bisschen Wissenschaft dabei ist, schadet das nicht. Im Grunde bin ich aber überzeugt, dass die Praxis ziemlich genau weiß, was das Problem ist.

(Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen [MKW]: Ja!)

Man kann aber darüber reden, einen Austausch organisieren und sich fragen, was man ausprobieren will. Man kann auch über die Ländergrenzen hinausschauen: Was passiert in den Niederlanden, in UK, in Frankreich oder in Spanien? Lateinamerika ist auch sehr interessant, da gibt es viele Orte, an denen sehr interessante Dinge laufen.

Die strafrechtlichen Aspekte wurden mehrmals erwähnt. Dazu will ich mich kurzfassen: Ich meine nicht, dass die strafrechtlich relevanten Dinge das große Problem sind. Natürlich darf es nicht sein, dass strafrechtlich relevante Vorgänge nie vor Gericht kommen. Aber das ist nicht das Problem. Das liegt meines Erachtens eher auf der subkutanen Ebene der Bemerkungen, die vielleicht gar nicht böse gemeint sind und bei denen man sich nicht bewusst ist, wie viele koloniale und rassistische Muster, wie viele etablierte Denk- und Redeweisen sie transportieren. Wenn man darüber nicht redet, wenn man sich dessen nicht bewusst wird, bleibt das so. Deswegen brauchen wir in den Institutionen Prozesse der Verständigung.

Wir kennen das aus dem Bereich „Schule“, dort ist es genauso. Wir reden seit vielen Jahrzehnten über institutionelle Diskriminierung im Bereich „Schule“, die diesbezügliche Studie von Gomolla und Radtke stammt aus dem Jahr 2002. Wir wissen, dass es diese Mechanismen gibt, trotzdem haben wir bis heute, außer in Berlin, in keinem Bundesland eine unabhängige Beratungsstelle für Diskriminierung im Bereich „Schule“.

Man muss darüber reden können. Solche Probleme gehören nicht unter den Teppich, sondern auf den Tisch, damit man sie lösen kann. Es muss endlich möglich sein, zu sagen, dass es einem leid tue und dass es nicht so gemeint gewesen sei, und das muss dann auch angenommen werden.

Im Bereich „Schule“ reden wir wie gesagt schon sehr lange darüber, und es ist bis heute nichts passiert. Im Kulturbereich reden wir noch nicht so lange darüber, im Grunde fangen wir damit in der Breite jetzt erst richtig an. Vielleicht können wir hier ein bisschen schneller sein, als wir es im Bereich „Schule“ bisher gewesen sind.

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Gibt es noch Fragen oder Bemerkungen aus dem Rund der Abgeordneten zu den Ausführungen unserer Expert*innen? – Ich muss ein bisschen auf die Zeit achten. Wir hatten etwa eine Stunde für die Erörterung dieses Themas angesetzt. Auch die Ministerin möchte dazu noch einige Sätze sagen, was ich wichtig, richtig und gut finde

**Andreas Bialas (SPD):** Ich hätte noch hundert Fragen.

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Ja, ist klar.

**Andreas Bialas (SPD):** Wir könnten wahrscheinlich noch stundenlang weiterreden, aber ich nehme mir Ihre Worte, Herr Vorsitzender, zu Herzen. Wir sind aber nicht durch, sondern brechen hier ab. Ich möchte mich herzlich bedanken, und ich hoffe, dass das der Auftakt zu einem Diskurs im politischen Raum über dieses Thema ist.

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Frau Ministerin, dann freuen wir uns jetzt auf Ihre Ausführungen zu dem, was schon passiert ist. Sie hatten ja gesagt, dass Sie schon etwas machen würden. Wir werden alle gespannt zuhören, und Frau Wissert steht schon für die Umsetzung bereit.

(Heiterkeit von Julia Wissert [Theater Dortmund])

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW):** Auch meinerseits vielen Dank an die Expertinnen und den Experten für die sehr interessanten Ausführungen. – Herr Bialas, auch ich hätte Lust, noch länger darüber zu reden. Vielleicht kann man das, weil das Feld so weit ist, auch noch einmal in einer anderen Form organisieren.

Um die Themen zu bearbeiten, über die wir hier heute reden, haben wir 2020 ein eigenes Referat gegründet. Das mag ein bisschen formalistisch klingen, aber man muss mit der Arbeit ja auch anfangen. Die Leitung hat Frau Boß inne, die mit Herrn Hillmanns einen sehr engagierten Mitstreiter hat. Die beiden haben zusammen entschieden, zunächst ein Gesamtkonzept hinsichtlich dieser Themen zu schreiben. Dazu haben sie nicht nur mit unendlich vielen Menschen geredet, sondern auch geschaut, was an Studien zugänglich ist. Das daraus entstandene Konzept wollte ich nur kurz erwähnen, da wir Ihnen hier im Ausschuss schon im Juni vorgestellt haben, was die Zielsetzungen sind und wie wir es anpacken wollen.

Einen Aspekt, der immer noch ein bisschen kurz kommt, will ich hier nennen: Im Endeffekt müssen wir das Denken in jeder Hinsicht verändern. Wichtig ist mir auch, dass wir herüberbringen können, welche Bereicherung es ist, dass wir uns plötzlich in einem anderen als dem altgewohnten Umfeld bewegen können. Es muss uns in diesem Prozess gelingen, es als positiv zu empfinden, plötzlich andere Zusammensetzungen und Themen zu haben.

Wir haben das mit großer Beteiligung bereits vorbereitet. Um nicht unnötig viel Zeit zu verbrauchen, will ich auf konkrete Dinge eingehen. Die von Frau Professor Gross genannten drei Handlungsebenen haben wir für uns auch identifiziert. In einem ersten Schritt haben wir zwei größere Angebote geschaffen: Wir haben einen Diversitätsfonds aufgelegt, der finanziell sehr gut ausgestattet ist, damit sich möglichst viele beteiligen können. Die Ausschreibung läuft, und in der nächsten Zeit beschäftigen wir uns mit der Jurierung. Kurzgefasst, geht es da um neue künstlerische Perspektiven. Auf das zweite Programm, dass wir „Neue Normalität“ genannt haben, möchte ich insbesondere Frau Wissert hinweisen: Es geht darum, bei der Entwicklung von Diversitätskonzepten, und das ist sehr weit gefasst, im Sinne eines Pilotprojekts, vielleicht auch mit einigen wenigen Kollegen zusammen, voranzugehen. Dafür können Sie sich noch bis Mitte Dezember bewerben. Das würde ich sehr begrüßen.

Der nächste Schritt wäre, die laufenden Projekte wissenschaftlich gut zu begleiten, also im Sinne einer wirklich tiefgehenden Evaluation. Ich meine auch, dass wir eigentlich kein Erkenntnisproblem haben, da es schon sehr viele Studien gibt. Auch wenn es ein bisschen platt klingt, möchte ich das Geld, das wir zur Verfügung stellen, insgesamt über 3 Millionen Euro, lieber in konkrete Projekte stecken, aus denen wir lernen können. Ich bin ja auch Wissenschaftsministerin und bei aller Liebe zur Wissenschaft …

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Die hat Knete.

(Heiterkeit von Dr. Jens Schneider [Universität Osnabrück] – Zuruf von Andreas Bialas [SPD])

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW):** Die hat auch Knete, das stimmt. Aber ich will hier jetzt in die Praxis gehen. Im Rahmen von wissenschaftlichen Begleitstudien können wir sehr viel darüber lernen, was die nächsten sinnvollen Schritte sind.

Zum Thema „Barrierefreiheit“, das hier heute nicht im Fokus stand, haben wir ein Extraprogramm entwickelt. Ich finde, dass auch das ein sehr wichtiger Punkt ist, aber zum heutigen Thema passen die beiden erstgenannten Programme. Es wäre mir sehr wichtig, engagierte Pionierinnen und Pioniere zu haben, auf Grundlage derer Erkenntnisse wir dann weitere Maßnahmen entwickeln könnten. Wir haben das angeschoben, und die Umsetzung muss es jetzt bringen.

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin, für die Stellungnahme und die konkreten, ermutigenden Hinweise. – Noch einmal für alle zum Mitschreiben: Der 15. Dezember ist der Stichtag, bis dahin ist das Geld zu beantragen.

Ich bedanke mich ausdrücklich und sehr herzlich bei Frau Wissert, Intendantin aus Dortmund. Schön, dass Sie da waren. Herzlichen Dank auch an Dr. Jens Schneider aus Osnabrück. Lieber Jens, vielen Dank für deine Expertise. Frau Karakaş aus Hildesheim und Frau Professor Gross aus Coburg, schön, dass Sie zugeschaltet waren und herzlichen Dank für Ihre Teilnahme. So schrecklich Corona auch ist, im Zuge der Pandemie ist der Umgang mit der Technik zur Selbstverständlichkeit geworden, und wir können über lange Strecken gut konferieren. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg bzw. ein gutes Abschalten. Wenn Sie möchten, können Sie auch noch dabeibleiben. Sollten Sie aber noch etwas anderes zu tun haben, sind Sie nun in Ehren entlassen. Bei den Abgeordneten bedanke ich mich für diese ausgesprochen interessante und aufschlussreiche Debatte.

**2 Gesetz zum Erlass eines Kulturgesetzbuches sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer Vorschriften (Kulturrechtsneuordnungsgesetz)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13800

Ausschussprotokoll 17/1513 (Anhörung vom 26.08.2021)
Ausschussprotokoll 17/1552 (Anhörung vom 16.09.2021)

*(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend –, den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, den Hauptausschuss sowie den Ausschuss für Schule und Bildung am 20.05.2021)*

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD)** dankt dem Sitzungsdokumentarischen Dienst für die ausführlichen Protokolle, mittels derer sie die Anhörungen trotz ihrer Abwesenheit habe nachvollziehen können. Ähnlich wie die AfD-Fraktion stünden die Sachverständigen dem Gesetzentwurf prinzipiell positiv gegenüber, allerdings hätten diese auch Kritik, sowohl die handwerkliche Umsetzung als auch inhaltliche Aspekte betreffend, vorgebracht. Von daher erwarte sie von der Landesregierung eigentlich, dass sie, ähnlich wie beim Denkmalschutzgesetz, nacharbeite. Wenn sie die Anregungen der Sachverständigen aufgreife und an kleinen Stellschrauben drehe, um Lücken zu schließen, Ungenauigkeiten zu beseitigen und Rückschritte rückgängig zu machen, werde der Gesetzentwurf zustimmungsfähig.

Ankündigend, die Ausführungen seiner Vorrednerin konkretisieren zu wollen, zitiert **Andreas Bialas (SPD)** zunächst aus der gemeinsamen Stellungnahme von LWL und LVR, die die beste Zusammenfassung des Sachverhalts liefere:

> „Insgesamt bleibt der Gesetzentwurf deskriptiv, belastbare Verpflichtungen und Fördertatbestände des Landes bleiben ausgespart, gleichzeitig werden bewährte Systematiken und Beteiligungsprozesse des Kulturfördergesetzes aufgehoben. […] Die Landesregierung hat in der aktuellen Legislaturperiode gezeigt, dass die Kulturförderung in der Praxis weiter ist, als das vorgelegte Gesetz vermuten lässt.“

Die Anwesenheit einer so großen Zahl von Sachverständigen könne man als begrüßenswert bezeichnen. Vielen von ihnen hätten offenbar gemerkt, dass der Gesetzentwurf ordnungspolitisch nicht viel regle, es aber als wichtig erachtet, mit ihren jeweiligen Anliegen Erwähnung darin zu finden. In diesem Zusammenhang stelle sich Frage, wofür genau ein Gesetz geschaffen werde und was es regeln solle.

Wie schon häufiger thematisiert, finde de facto keine Zusammenführung von Gesetzen statt, was die Gliederung seltsam erscheinen lasse. Hinzu komme ein Übermaß an Deskription: anstatt Dinge zu regeln, würden sie nur beschrieben oder als Wunsch

formuliert. Bei einem Gespräch, Bericht oder Maßnahmenkatalog könne man so vorgehen, nicht aber bei einem Gesetzentwurf.

Ein Beispiel stelle der Aspekt der Provenienz dar, dessen Regelung man grundsätzlich befürworte:

> „Der unrechtmäßige Erwerb von Objekten in öffentlichen Sammlungen schließt den dauerhaften Verbleib in der jeweiligen Sammlung in der Regel aus."

Mit dieser Aussage gehe man d'accord, frage aber, was genau dieser Satz regle. Das Land könne lediglich auf vier Museen zugreifen, der Rest werde privat, von Stiftungen, kommunal oder von den Landschaftsverbänden getragen. Was also werde damit beispielsweise für ein etwaig betroffenes Werk im Wuppertaler Von der Heydt-Museum geregelt, und welche konkreten Folgen entstünden daraus für das Land? Von einem Gesetz dürfe man eigentlich erwarten, daraus ein entsprechendes Vorgehen ableiten zu können.

Unklarheiten bestünden auch bezüglich § 10 – Zugang, Teilhabe, Diversität –:

> „Der ungehinderte und barrierefreie Zugang zu Kunst und Kultur stehen unter besonderem Schutz des Landes, […]"

Das befürworte man zwar, aber auch hier komme die Frage auf, was das regle. Das Gesetz müsse Regularien dazu enthalten, wie das Land den ungehinderten und barrierefreien Zugang zu Kunst und Kultur schützen bzw. fördern wolle.

Über § 11 Abs. 2 denke er seit Monaten nach:

> „Soziale Nachhaltigkeit muss insbesondere über kulturelle Bildung und Konzepte zur Teilhabe und Diversität gesichert werden."

Wolle man Programme an der Schnittstelle von Kultur und Schule auflegen, damit Künstlerinnen und Künstler Geld verdienen könnten? Oder wolle man Kinder und Jugendliche mittels kultureller Teilhabe in die Lage versetzen, einen Beruf mit auskömmlichem Einkommen ergreifen zu können?

In § 4 Abs. 8 heiße es:

> „Die Förderung der Kulturpflege der Vertriebenen und Spätaussiedlerinnen oder Spätaussiedler verbindet zeitgemäße Erinnerungskultur mit Bildungsarbeit für künftige Generationen."

Eigentlich aber müsse dort stehen, dass die Förderung der Kulturpflege eine zeitgemäße Erinnerungskultur ermöglichen, kulturelle Vielfalt lebendig halten und Bildungsarbeit umfassen solle.

Kritik müsse man auch mit Blick auf die von den Gemeindevertretern mehrfach angesprochene Konnexität üben. Das beginne bei § 2 – Zweck des Gesetzes und Geltungsbereich –:

> „Dieses Gesetz enthält Bestimmungen über die Einrichtungen, die Zuständigkeiten und die Aufgaben von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden […]"

Unter anderem gebe es sehr detaillierte Vorgaben bezüglich der Musikschulen. Es gehe in Ordnung, wie vermutlich auch praktiziert, mittels untergesetzlicher Fördervereinbarungen zu agieren, aber wenn der Gesetzentwurf Rahmenbedingungen zur Förderung vorgebe, komme, wie vielfach geschehen, die Frage danach auf, ob damit nicht letztendlich Konnexität ausgelöst werde. Hier gelte es also, Vorsicht walten zu lassen.

Häufig bemängelt werde auch das Fehlen einer konzeptbasierten Kulturförderung, was insbesondere im Zusammenhang mit dem Produkthaushalt von Interesse sei. Ein weiterer Aspekt betreffe die Stärkung der Wissenschaftlichkeit. Befürworten könne man die Hinzunahme gesellschaftlicher Fragestellungen, wobei diese allerdings eine gewisse Unschärfe aufwiesen. Hinsichtlich der Sicherung der Musikschulen und der Abgrenzung zwischen privater und öffentlicher Trägerschaft blieben, vermutlich auch bei diesen selbst, viele Fragen offen. Im Zusammenhang mit dem Bibliotheksgesetz vermisse er Regelungen zur Speicherbibliothek.

Weitere Frage, die es zu klären gelte, lauteten: Beabsichtige man, weitere Aussagen zu Förderinstrumenten und Entbürokratisierung zu machen? Inwieweit schaffe man im Zusammenhang mit den Kommunen eine Sicherung der Förderung? Die Wiederaufnahme des ehemaligen § 30 Kulturfördergesetz begrüße man, wobei sich daraus eine bereits an Dr. Gerd Fischer und Professor Dr. Johannes Hellermann gerichtete Frage ableite: Gebe es weitere Instrumentarien? Im Zusammenhang mit der Sicherung der Finanzen, vor allem durch die Kommunen, steuere man nämlich auf Probleme zu.

**Bernd Petelkau (CDU)** kündigt an, nach der gerade gehörten Kritik der Opposition am Gesetzentwurf herausarbeiten zu wollen, dass dieser von vielen Sachverständigen als wegweisend bezeichnet worden sei. Aus der langen Tradition der Sozialgesetzgebung heraus wisse man um den Mehrwert von Zusammenfassungen. Durch die Schaffung eines Überbaus erzeuge man zum einen mehr Transparenz und bilde zum anderen die Vielfalt der Fördermöglichkeiten und der kulturellen Landschaft ab.

Es handle sich um den ersten Aufschlag eines offenen Werks, für das es keine Blaupause gegeben habe, das aber für die nächsten Legislaturperioden vielfältige Andockmöglichkeiten eröffne. Die in den beiden Anhörungen gegebenen Anregungen würden die regierungstragenden Fraktionen kritisch reflektieren und in die abschließenden Beratungen einfließen lassen, um den Gesetzentwurf an einigen Stellen weiterzuentwickeln.

Ein in den Diskussionen immer wieder aufkommendes Missverständnis bestehe darin, dass ein Kulturgesetzbuch die Fortführung der guten Haushaltspolitik im Kulturbereich in den vergangenen fünf Jahren ersetzen könne. Wie man an der Sozialgesetzgebung der vergangenen Jahrzehnte sehen könne, benötigten gesetzgeberische Impulse eine entsprechende Begleitung durch künftige Haushalte. Die Historie des Kulturfördergesetzes zeige, dass es ohne haushalterische Unterlegung ein zahnloser Tiger bleibe. Dem Koalitionsvertrag könne man entnehmen, dass es seit Jahren zum Markenkern der CDU-/FDP-Koalition gehöre, einen Aufwuchs festzulegen. Wenn man die Koalition so erfolgreich werde fortsetzen können, würden hier sicherlich auch in den nächsten fünf Jahren neue Impulse kommen.

Mit Blick auf die Entschlackung bzw. Vereinfachung von Prozessen müsse parallel auch an der internen Aufstellung der Ministerien gearbeitet werden. Diese Strukturen seien in den vergangenen fünf Jahren deutlich verbessert worden, wobei hier in den kommenden Jahren noch vielfältige Maßnahmen anstünden, um den Aufgaben, die sich aus dem Entwurf des Kulturgesetzbuches ableiteten, gerecht werden zu können. Ziel einer jeden Kulturgesetzgebung müsse sein, dass die Finanzmittel bei den Kulturschaffenden bzw. an den Kulturstandorten ankämen, sodass die Künstlerinnen und Künstler von den Fördermaßnahmen auch profitieren könnten.

Das Fazit laute also, dass man einen sehr guten Einstieg geschafft, aber keinesfalls schon zu einem Abschluss gelangt sei. Auch hier könne man sich die Sozialgesetzgebung und ihre stetige Fortentwicklung im Laufe der vergangenen Jahrzehnte zum Vorbild nehmen.

**Lorenz Deutsch (FDP)** hebt die zahlreichen in den Stellungnahmen und Anhörungen gegebenen Hinweise hervor, die wohl alle als informativ empfänden. Wie schon bei anderen Gesetzesvorhaben agiere die NRW-Koalition auch bei diesem nicht aus einer Wagenburgmentalität heraus, sondern entwickle es vielmehr konstruktiv weiter. Diese Strategie werde man mit Blick auf die zweite Lesung weiterverfolgen und somit einen mithilfe der Anregungen weiterentwickelten Gesetzentwurf einbringen.

Andreas Bialas (SPD) störe sich daran, dass der Aspekt der Konnexität angeblich zu wenig durchdacht worden sei und möglicherweise Probleme für die Kommunen entstehen könnten. Gleichzeitig fordere er, in Sachen „Provenienzforschung“ über die vom Land getragenen Institutionen hinaus mittels konkreter Regelungen tätig zu werden. Er möge seine Kritik also justieren, sodass sie in eine Richtung laufe.

Die Kultur in NRW werde nicht nur durch das Land, sondern in wesentlicher Weise auch durch die Kommunen geprägt. Man könne also entweder zu allem schweigen, was nicht in die eigene originäre Zuständigkeit falle, oder man versuche als Land, zentrale Themen und Prioritäten zu setzen. Letztere Vorgehensweise führe im Vergleich mit anderen Gesetzen möglicherweise zu einem schwächer ausgeprägten Regelungscharakter. Aufschlussreicherweise habe Professorin Dr. Katharina de la Durantaye in der zweiten Anhörung zunächst ebenfalls bemängelt, dass der Gesetzentwurf aus juristischer Perspektive zu deskriptiv sei. In der Schlussrunde habe sie dann allerdings, wohl unter dem Eindruck der Ausführungen aller Kulturexperten, eingeräumt, dass es vielleicht doch nicht so verkehrt sei, in diesem Feld auch mit Deskription zu arbeiten.

Der Hinweis, dass es keine Zusammenführung von Gesetzen gebe, treffe in gewisser Weise zu, allerdings gebe es außer dem Kulturfördergesetz auch nicht viel, was man hätte zusammenführen können. Immerhin werde das Kulturgesetzbuch gesetzliche Regelungen zu den Musikschulen und den Bibliotheken enthalten. Bei beiden Regelungen handle es sich um lange existierende Desiderate, die schon für sich genommen veritable Gesetzesvorhaben dargestellt hätten. Ein weiterer Kandidat für eine Erweiterung in diesem offenen Prozess könne das auch in einer Anhörung erwähnte Archivgesetz sein. Da man den Prozess aber nicht habe überstrapazieren wollen, sei das

zunächst außen vor geblieben. In jedem Fall gehe man über den Status quo hinaus, weshalb man mit dem bisherigen Weg, dem man weiter folgen werde, zufrieden sei.

**Andreas Bialas (SPD)** kündigt an, nochmals auf § 5 des vorliegenden Gesetzentwurfs eingehen zu wollen: Im Zusammenhang mit der Provenienzforschung stellten sich nun einmal Fragen nach Regelungsweiten, Konnexität etc. Die Landesregierung könne beispielsweise konkret hineinschreiben, dass der unrechtmäßige Erwerb von Objekten einen dauerhaften Verbleib in den öffentlichen Sammlungen des Landes ausschließe. Schreibe man das nicht hinein, richte sich das auch an die anderen Träger, was wiederum möglicherweise Konnexität auslöse oder einen anderen Regelungsbedarf erforderlich mache. Das müsse dann aber auch benannt werden. Auch wenn er keinesfalls wolle, dass Derartiges aufgenommen werde, seien folgende Formulierungen beispielhaft genannt: Entsprechende Objekte würden eingezogen und kompensiert; die Rückgabe werde seitens des Landes begleitet.

Es handle sich nicht um eine Studie, einen Bericht oder eine Regierungserklärung, sondern um ein Gesetz, und als solches müsse es etwas regeln. Das könne man mit Blick auf verschiedene Stellen bemängeln. Natürlich gehöre Kritik zum Gesetzgebungsprozess dazu, auch in Zusammenhang mit dem Kulturfördergesetz sei viel diskutiert worden. Keinesfalls aber könne man vorliegenden Entwurf als wegweisend bezeichnen.

Nur am Rande wolle er anmerken, dass sich die Musikschulen nicht mehr unbedingt ein Musikschulgesetzes wünschten und dass das in der vergangenen Legislaturperiode von der CDU vorgelegte Bibliotheksgesetz weitreichender und besser gewesen sei

Sein Vorschlag laute daher, den Zeitplan zu ändern, nochmals in den Diskurs zu gehen und sich jeden Paragrafen anzuschauen und daran zu feilen, anstatt es noch im November übers Knie zu brechen. Das empfehle sich schon deshalb, weil bei einem Kulturgesetz nicht nur die inhaltliche Aussagekraft, sondern auch der ästhetische Wert betrachtet werde.

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD)** kritisiert, dass sich aus der wohlwollenden Erwähnung von Chören oder kleinen Orchestern für diese keine eindeutigen Ansprüche ableiten ließen, da der finanzielle Unterbau fehle. Dürften sie demnächst Geld vom Land oder den Kommunen einfordern oder müssten sie weiterhin bei lokalen Akteuren um Spenden ersuchen, um ihre Proberäume bezahlen zu können? Eigentlich impliziere eine solch ausdrückliche Wertschätzung einen Anspruch auf Förderung, was wiederum die Konnexität berühre. Aber die entsprechende Formulierung bleibe vage, was dazu führe, dass die Adressaten nichts mit ihr anfangen könnten.

Hinsichtlich der Konnexität weist **Lorenz Deutsch (FDP)** darauf hin, dass es sich dabei vor allem um einen finanzpolitischen Terminus handle, mit dem die Tatsache beschrieben werde, dass gesetzliche Regelungen auf den jeweiligen Ebenen Kosten auslösen könnten. Das greife hier aber nicht, auch nicht bei der Provenienzforschung.

Im Übrigen empfehle es sich nicht, zu formulieren, dass ein Verbleib entsprechender Objekte in Museen des Landes ausgeschlossen werde, weil die Verantwortlichen in den Kommunen sich dann darauf berufen könnten, dass die Regelung für sie nicht gelte. Mit der gewählten Formulierung, dass der unrechtmäßige Erwerb von Objekten einen dauerhaften Verbleib in der Sammlung in der Regel ausschließe, könne das Gesetz seine diesbezügliche Funktion also besser erfüllen.

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** merkt an, dass in der laufenden Diskussion so viele Aspekte berührt würden, dass man sie in dieser Ausschusssitzung nicht alle durcharbeiten könne.

Vorliegenden Gesetzentwurf könne man als Work in Progress im besten Sinne bezeichnen. Der derzeitige Zustand beinhalte eine Reihe von Erweiterungsmöglichkeiten, wie etwa das bereits erwähnte Archivgesetz, sodass man sich Schritt für Schritt einer Komplettierung nähern könne. Dazu gebe es aber noch weitere Ideen. Als neu und überfällig müsse man jedenfalls die Regelungen zu den Musikschulen und zu den Bibliotheken bezeichnen, mit denen man sich in die richtige Richtung bewege, was man auch am positiven Feedback ablesen könne.

Hinsichtlich der Musikschulen enthalte der Entwurf viel Konkretes, und natürlich werde man dem Taten folgen lassen. Dadurch, dass diese Regierung sehr viel Geld in die Hand nehme, um die Musikschulen umfassend auszubauen, unterscheide sie sich von der vorherigen. Gleichzeitig erfülle man bestimmte qualitative Standards, wobei in diesem Zusammenhang auch Festanstellungen eine Rolle spielten, da ständig wechselnde Honorarkräfte keine Kontinuität im Unterricht gewährleisten könnten. Sie erinnere sich noch an ihr Erstaunen darüber, dass es vor ihrer Zeit in Nordrhein-Westfalen Musikschulen ohne hauptamtliche Kräfte gegeben habe. Die damals vorgefundenen Mittel in Höhe von 2,9 Millionen Euro werde man, sollte der vorliegende Haushaltsplan verabschiedet werden, im kommenden Jahr auf 10 Millionen Euro aufgestockt haben. Unter Federführung von PStS Klaus Kaiser (MKW) habe man zudem erhebliche Mittel aufgewendet, um JeKits stark um- und auszubauen und zu einer besseren Struktur zu verhelfen, was im Zusammenhang mit der Musikschularbeit natürlich eine große Rolle spiele. Die Landesregierung bringe keine Gesetze auf den Weg, die folgenlos blieben, allerdings könne man erfreulicherweise vieles als bereits erledigt betrachten.

Den Ausführungen von Lorenz Deutsch (FDP) zur Provenienzforschung könne man anfügen, dass man die psychologische Wirkung einer gesetzlichen Festlegung bzw. Selbstbindung des Landes nicht unterschätzen dürfe, das sie es anderen Akteuren sehr schwer mache, sich gegen eine so klar formulierte Regelung zu unrechtmäßig eingebrachten Kunstgegenständen zu wenden.

Der Erwähnung der Chöre komme schon deshalb eine entscheidende Bedeutung zu, weil man mit dieser ihrem Wunsch entspreche, was auch für viele andere kulturelle Vereinigungen gelte. Eine Förderung der Laienmusik finde im Übrigen, mit dem Landesmusikrat Nordrhein-Westfalen als Partner, längst statt. In diesem Bereich tue man bereits sehr viel.

Als gelernte Juristin könne sie nur empfehlen, den Gesetzentwurf genau zu lesen: Darin stehe nicht, dass das Land dieses oder jenes fördern könne, sondern, dass das Land fördere, womit die Ermessensreduzierung auf Null gesetzt werde. Mittels des Gesetzentwurfs nehme man also, wie beabsichtigt, eine künftige Festlegung des Landes in bestimmten Feldern vor. Wenn der Landtag ihn also, gegebenenfalls in weiterentwickelter Form, verabschiede, könne niemand mehr sagen, dass er das lieber doch nicht machen wolle.

Einleitend die Vergabe der Mittel in den Kulturhaushalten der vergangenen Jahre lobend, betont **Andreas Bialas (SPD)**, nicht bestreiten zu wollen, dass die Formulierung „das Land fördere“ als bindend betrachtet werde. Diese Formulierung fehle aber an vielen Stellen, und stattdessen werde irgendetwas beschrieben. Deshalb stelle sich wie gesagt die Frage, was genau das Land regle bzw. fördere. Derartige Fragen dürfe ein Gesetz nicht offenlassen, oder man müsse festlegen, dass alles dort Angeführte automatisch den Förderregularien unterliege.

Angesichts der noch ausstehenden Tagesordnungspunkte bleibe keine Zeit, das zu vertiefen, aber er stehe in dieser Sache jederzeit für ein längeres Gespräch zur Verfügung.

**Vorsitzender Oliver Keymis** weist auf die Gelegenheit hin, sich in der Ausschusssitzung am 11. November 2021 über den dann möglicherweise geänderten Gesetzentwurf austauschen zu können.

**3 Verkauf der Wirkungsstätte von Joseph Beuys in Düsseldorf** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5899

**Andreas Bialas (SPD)** gibt an, den vorliegenden Bericht als etwas unbefriedigend zu empfinden, da er ihn an eine schon vor längerer Zeit in dieser Sache gegebene Antwort erinnere. Bereits vor einigen Jahren habe man Gespräche darüber geführt, ob die nicht weit vom Landtag entfernte langjährige Wohn- und Wirkungsstätte von Joseph Beuys in Landesbesitz übergehen solle und was für Nutzungsmöglichkeiten es geben könne. Dann aber sei relativ schnell die Entscheidung gefallen, dass man die Immobilie nicht als bedeutend genug für einen Ankauf erachte.

Der derzeitige Besitzer wolle verkaufen, und der Termin stehe, je nach Marktlage, womöglich bevor, weshalb sich erneut die Frage nach der Bedeutung der Immobilie für Nordrhein-Westfalen stelle. Immerhin rede man über einen Jahrhundertkünstler, dessen Geburtstag man gerade groß gefeiert habe. Obwohl man seine Biografie differenziert betrachten müsse, sei er für das Kulturverständnis und die Kulturpolitik von immenser Bedeutung gewesen, hinzu komme seine nicht unerhebliche Rolle in einer politischen Bewegung.

Der Verweis auf Alfred Schmela ziehe angesichts der Relevanz von Joseph Beuys nicht. Die angeblich schwierige verkehrstechnische Anbindung bzw. die fehlenden räumlichen Bezüge zu anderen Stätten, wie der Kunstakademie Düsseldorf oder der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, könne man mit Blick auf die heutigen Möglichkeiten in Sachen „Mobilität“ nicht gelten lassen. Die Behauptung, dass es wesentliche bauliche Veränderungen gegeben habe, treffe nicht zu.

Insgesamt könne man der Immobilie also eine hohe Bedeutung attestieren und davon ausgehen, sie einer sinnvollen Nutzung zuführen zu können.

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** erinnert daran, dass dieses Haus schon ziemlich lange zum Verkauf stehe und sich auch der damals zuständige Staatssekretär Bernd Neuendorf gegen einen Kauf entschieden habe. Sie selbst sei im Jahr 2018 gemeinsam mit der Direktorin der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen und dem Direktor der Kunstakademie Düsseldorf vor Ort gewesen, um den Genius Loci zu erspüren und zu überlegen, ob es eine sinnvolle Nutzung geben könne.

Gemeinsam mit den potenziellen Partnern habe man relativ schnell Einigkeit darüber erzielt, dass es keinen Sinn mache, ein Haus in der begehrten Lage Oberkassel für einen entsprechenden Preis zu kaufen, wenn dort nicht genügend Veranstaltungen stattfänden. Weltweit gebe es nämlich viele einst bedeutende, aber mittlerweile tote Künstlerstätten.

Das Haus werde seit 1986 nicht mehr von Joseph Beuys bzw. seiner Familie genutzt und dementsprechend seit 35 Jahren von anderen Menschen bewohnt. Diese hätten

natürlich viele bauliche Veränderungen vorgenommen, lediglich das Loch für das Ofenrohr – das im Werk eine große Rolle gespielt habe – sei noch zu sehen. Man könne dem Haus also nur eine sehr reduzierte Authentizität bescheinigen.

Das Haus befinde sich in einem Gebäudekomplex mit einer komplizierten Eigentümerstruktur, was man berücksichtigen müsse, wenn man es zu einem belebten Veranstaltungsort umwandeln wolle. Wegen des bestehenden Ensembleschutzes könne man keine äußeren Veränderungen vornehmen.

Die Erfahrungen mit dem für die Düsseldorfer Kunstgeschichte bedeutenden Schmela-Haus zeigten, dass man für die Bespielung einer derartigen Örtlichkeit ein entsprechendes Budget, etwa für Personal, einkalkulieren müsse. Diesbezüglich gelte es, rational zu entscheiden, was gehe und was nicht.

Eine Nutzung als Ort der Forschung habe man wegen der isolierten Lage im Verhältnis zu anderen forschenden Einrichtungen, etwa Museen, und der nicht sehr guten Verkehrsanbindung verworfen.

Dass es aufseiten der Landesregierung ein Bewusstsein für die Bedeutung von Joseph Beuys gebe, beweise das Projekt „beuys 2021“ mit seinen zahlreichen Ausstellungen, Symposien usw. In NRW existierten bereits viele Orte, an denen man sich mit dem Künstler beschäftige, und für diejenigen, die sich speziell für das fragliche Haus interessierten, gebe es immerhin den Bildband „Beuys, Düsseldorf-Oberkassel, Drakeplatz 4“.

**4 „UNRWARTET“ – Kampagne für Kunst und Kultur auf dem Kulturkenner**
*(Bericht auf Wunsch der Landesregierung; computergestützte Präsentation s. Anlage 2)*

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** berichtet:

Schon im Jahr 2019 hatten wir uns vorgenommen, mittel- bzw. langfristig einen Prozess in Gang zu setzen, der die Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens in einer anderen Weise vorstellt, als sie im Bewusstsein sowohl der Menschen aus Nordrhein-Westfalen als auch der Auswärtigen ist. Wir haben darüber nachgedacht, wie wir die Vielfalt und das unglaublich dichte Kunstangebot aufzeigen können und uns ein Narrativ überlegt, mittels dessen wir versuchen wollen, mehr Menschen für die Kunst in Nordrhein-Westfalen zu interessieren. Als wir kurz vor dem Start waren, sind wir von Corona überrollt worden, worauf wir natürlich reagieren und deshalb noch einmal neu nachdenken mussten, um das entsprechend umzugestalten.

Wir haben uns entschieden, das Landesportal Kulturkenner, das etwas im Schatten stand, zum zentralen Medium der Kulturkampagne für Nordrhein-Westfalen auszubauen und damit mehr Aufmerksamkeit für das großartige Angebot zu generieren.

Hier sehen Sie einige Bilder, um Ihnen einen Eindruck von der Visualisierung zu vermitteln.

(s. Anlage 2, Seite 2)

Wir haben zwei Phasen definiert, in denen wir diese Kampagne jeweils verstärken wollen. Im Sommer haben wir eine Onlinekampagne auf dem Portal Kulturkenner gemacht, um zu zeigen, was wir in Nordrhein-Westfalen zu bieten haben. Die Kultur ist hier sehr unkonventionell, und im Vergleich zu einem Land wie Bayern hat die Kulturlandschaft ein anderes Profil.

Durch die vielen Kulturstipendiaten, die wir wegen Corona bekommen haben, konnten wir viel Material sammeln lassen. Wir haben mit 24 Stipendiatinnen und Stipendiaten eine kleine multimediale Porträtreihe gemacht, die wir nach und nach auf das Portal Kulturkenner aufgespielt haben und die man dort natürlich immer noch anschauen kann. Das sind teilweise sehr gelungene Filmchen über alle Kunst- und Kultursparten, aber auch über alle Landesteile hinweg. Ich würde Ihnen anempfehlen, sich das anzuschauen.

Der Kulturkenner wurde mit allen Social-Media-Kanälen – Instagram, Facebook und YouTube – verbunden, da wir natürlich ganz anders aktiv werden müssen, als das vielleicht in der Vergangenheit noch der Fall war. Hinzu kamen viele Onlinewerbemaßnahmen, mit denen ich Sie aber jetzt nicht überschütten will.

Wir haben gemerkt, dass wir einen ordentlichen Zuwachs an Besuchern hatten, was wir natürlich auch erreichen wollten. Die grundsätzliche Konzeption des Kulturkenners bietet eine große Chance für alle Arten von Kultur in Nordrhein-Westfalen. Seit dem Start der Kampagne gab es bei den Besucherinnen und Besuchern ein Plus in Höhe von 276 %. Das ist natürlich erst einmal erfreulich, aber jetzt muss es uns auch gelingen, das nicht nur zu halten, sondern vielmehr weiter zu steigern. Das ist

die nächste Herausforderung. Der Kulturkenner hat uns sehr geholfen, weil über dieses bestehende Netzwerk ein großer Verteilerkreis angesprochen wird. Auch nach der ersten Werberunde, die Ende August auslief, gibt es nach wie vor viele Besucher, die Zuwächse können gehalten werden. Mit der Kampagne hat man über Bande gespielt, weil dadurch auch das Portal Kulturkenner bekannter geworden ist. Das wollten wir erreichen, damit wir es in Zukunft bei einer höheren Besucherquote noch besser nutzen können.

Während der Coronapandemie haben wir unendlich viele Videokonferenzen mit verschiedenen Kulturgruppen gemacht, und uns wurde immer wieder gesagt: Als Landesregierung müsst ihr uns bitte flankieren und deutlich machen, dass wir wieder sicher spielen können. Wir wünschen uns, dass uns das Land hier medial und mit Werbung unterstützt. – Sie wissen alle, dass es in Teilen noch schwierig ist. Das Publikum kommt zwar zurück, aber eben nur langsam und vorsichtig. Deswegen läuft im Oktober und November eine Eyecatcherkampagne, mittels derer wir vermitteln wollen – wie Sie hier sehen können –, dass Kultur sicher ist.

(s. Anlage 2, S. 5 f.)

So wollen wir die Menschen zurück in die Kultureinrichtungen holen. Das ist eine Unterstützung der Kultur vor Ort, die sehr breit, über das ganze Land hinweg, ausgespielt wird: nicht nur in Düsseldorf oder Köln, sondern – wenn ich es richtig im Kopf habe – in 35 Städten. So wollen wir die Aufmerksamkeit auf Kunst und Kultur richten. Natürlich werden wir auch im Netz weiter arbeiten, und diese Motive kann man auch dort sehen, aber für eine Kampagnenphase befinden Sie sich in den City-Lights und auf den Plakatierungswänden.

Wir haben natürlich versucht, möglichst viele Akteure aus allen Landesteilen auszusuchen: das Landesjugendorchester, die Zeche Zollverein in Essen, die Burg Hülshoff für die Literatur, das HELIOS Theater in Hamm für das Kinder- und Jugendtheater, „die börse“ in Wuppertal als soziokulturelles Zentrum, das Museum KOLUMBA in Köln mit einem großen Tanzprojekt. Wir haben versucht, bei der Vorstellung möglichst in die Breite zu gehen: 35 Städte, 3.000 City-Light-Poster, 375 Großflächenplakate. Der Blick soll gezielt darauf gerichtet werden, dass wieder überall gespielt wird und es sicher ist, dorthin zu gehen.

Wenn man mehr über die jeweiligen Motive, die Hintergründe oder darüber erfahren möchte, wer was macht, kann man sich mittels des Kulturkenners informieren. Das ist alles miteinander verlinkt und sehr interessant. Wir hoffen, die Kultureinrichtungen damit ein bisschen unterstützen zu können. Es werden hier noch Materialien zum Mitnehmen verteilt, falls jemand bei sich zu Hause auch Reklame machen will.

**5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Einzelplan 02
Vorlage 17/5532 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/5875 (Antworten der Landesregierung auf Fragen der AfD-Fraktion)

Einzelplan 06
Vorlage 17/5614 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/5717 (Bekanntgabe eines Neudrucks)
Vorlage 17/5902 (Antworten der Landesregierung auf Fragen der AfD-Fraktion)

In Verbindung mit:

**Finanzplanung 2021 bis 2025 des Landes Nordrhein-Westfalen**

Drucksache 17/14701

*(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/14700 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie die zuständigen Fachausschüsse am 08.09.2021*

*Überweisung der Finanzplanung Drucksache 17/14701 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie die zuständigen Fachausschüsse am 08.09.2021)*

**a) Einzelplan 02; Kapitel 02 060 (Medien)**

– keine Wortbeiträge

**b) Einzelplan 06; Kapitel 06 050 (Kulturförderung), Kapitel 06 080 (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen)**

Darauf hinweisend, dass viele ihrer Fragen wegen des Stichtags am Ende diesen Monats nicht hinreichend beantwortet worden seien, möchte **Gabriele Walger-Demolsky (AfD)** wissen, ob das noch vor den weiteren Haushaltsberatungen nachgeholt werde, da diese ansonsten einem Blind Date ähneln würden.

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** gibt an, die genauen Daten nicht zu kennen, vermutet aber, dass nach der Einreichung am 31. Oktober 2021 die Jurierungsverfahren stattfänden. Die Juroren benötigten Zeit, um die Projektanträge lesen zu können. Bis zum Dezember werde es daher wohl keine Ergebnisse geben, wobei das eigentlich jedes Jahrs so ablaufe und somit keine Ausnahme darstelle.

**Vorsitzender Oliver Keymis** kündigt an, dass man, wenn man den Gesetzentwurf das nächste Mal aufrufe, vermutlich auch über Änderungsanträge diskutieren werde.

**6 Aktueller Sachstand zu den Auswirkungen der Coronaschutzverordnung auf die Kultur- und Medienbranche** *(Fortlaufende Berichterstattung auf Wunsch der SPD-Fraktion [s. APr 17/1187])*

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** berichtet:

Seit unserer Sitzung am 16. September hat sich das eine oder andere geändert. Das betrifft im Wesentlichen das Tragen von Masken beim Besuch von Clubs, Diskotheken und ähnlichen Einrichtungen sowie bei Tanzveranstaltungen und beim gemeinsamen Gesang. Um die Masken ablegen zu dürfen, können nichtimmunisierte Personen PCR-Tests nun durch maximal sechs Stunden alte Antigenschnelltests ersetzen. Gerade bei der Laienmusik ist das natürlich eine große Erleichterung.

In der vorigen Sitzung wurde bereits berichtet, dass es bei den konkreten Bedingungen für Anträge im Zusammenhang mit dem Sonderfonds Kultur, also dem großen Fonds des Bundes, zu Modifikationen kommen wird. Der war darauf ausgerichtet, dass man Ersatzzahlungen nur bekam, wenn man wegen der Coronabeschränkungen nicht ausverkaufen konnte. Dann kamen sehr schnell die Lockerungen, und wir befanden uns in der Situation, dass es keine Antragsmöglichkeiten mehr gab. Trotzdem haben viele Kultureinrichtungen gesagt: Wir buchen noch nicht voll, weil die Menschen dann nicht kommen. – Wir konnten nun erreichen, dass seit dem 8. Oktober 2021 auch im Fall einer freiwilligen Selbstbeschränkung die Wirtschaftlichkeitshilfe greift. Das war ein wichtiger Schritt, eine wichtige Veränderung, da die meisten Kultureinrichtungen wie gesagt merken, dass es beim Publikum noch Zurückhaltung gibt.

Außerdem wurde die Ausfallabsicherung bei Veranstaltungen ab 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern von 80 auf 90 % erhöht. Die integrierte Ausfallabsicherung der Wirtschaftlichkeitshilfe soll analog angepasst werden. Zudem ist es nun möglich, bis zum Ende der Laufzeit der Wirtschaftlichkeitshilfe am 31. März 2022 die Bagatellgrenze über Sammelanträge zu erreichen. Das alles sind sehr kulturfreundliche Veränderungen.

Zu den Antragstellungen bundesweit sowie in NRW kann man Folgendes sagen: In NRW haben sich 2.449 Einrichtungen registrieren lassen. 111,5 Millionen Euro sind gebunden, es wird auch bearbeitet. Ausgezahlt sind erst wenige Anträge, nämlich 32. Das liegt daran, dass rückwirkend beantragt wird. Bisher sind 379.000 Euro bewilligt, aber das wird natürlich noch wesentlich mehr werden. Beim Bund haben sich insgesamt 14.800 Unternehmen registrieren lassen. Die einzelnen Zahlen kann ich auf Nachfrage gerne nennen, aber hier ist das vielleicht nicht so sehr von Interesse. Für die Ausfallabsicherung ab 2.000 Besuchern gibt es in NRW immerhin 292 Registrierungen. Die Mittel sind, weil sie ihre Veranstaltungen anmelden, bei einer Höhe von 129 Millionen Euro gebunden. Abgerechnet wird das natürlich erst rückwirkend. Beim Bund haben sich immerhin 1.726 Veranstalter registrieren lassen.

Das läuft also. Nach einigen Aufregungen im Oktober im Zusammenhang mit der Herbeiführung dieser Veränderungen hat sich die Länderseite mit dem Bund sehr gut einigen können.

**StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei)** berichtet:

Die Coronapandemie trifft natürlich auch den Bereich „Medien“, und daher will ich im Rahmen der fortlaufenden Berichterstattung einige Ergänzungen vornehmen. Da die Programme jetzt vielfach abgeschlossen sind, liegen uns vorläufige Zahlen vor.

Das Programm „Film ab NRW“ ist abgeschlossen, es läuft nur noch die Prüfung der Mittelverwendung. Von den insgesamt 230 Kinos, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, hatten bis Ende Juni 120 Anträge gestellt. Damit Sie es einordnen können, falls Sie damit in Berührung kommen: In vier Fällen gibt es Rückforderungen. Das hat in der Regel damit zu tun, dass Bundes- und Landeshilfen in Anspruch genommen wurden, was zu Überkompensationen führen kann. Von den 15 Millionen Euro, die der Haushalts- und Finanzausschuss zur Verfügung gestellt hat, sind 11,7 Millionen Euro abgeflossen.

Wir wollen eine rückwirkende Verlängerung der Ausfallfonds I und II bis zum 30. Juni 2022 erwirken. Dafür werden wir voraussichtlich keine neuen finanziellen Mittel benötigen, da die vorhandenen auskömmlich sind. Über den Ausfallfonds I für Kinofilme und High-End-Serien, der von Bund und Ländern mit insgesamt 100 Millionen Euro ausgestattet wurde, sind insgesamt 45 Projekte mit NRW-Mitteln abgesichert. Aktuell sind NRW-Mittel in Höhe von ca. 2,7 Millionen Euro für neun Projekte gebunden. Stand Ende August gibt es für den Ausfallfonds II, also dem für TV- und Streamingproduktionen, 42 Anträge, sieben davon sind aus Nordrhein-Westfalen. Bisher gibt es Schadenskosten in Höhe von 450.000 Euro. Die tatsächlich benötigten Mittel halten sich also sehr in Grenzen. Das Kernziel dieser beiden Fonds, nämlich Sicherheit zu schaffen, damit Produktionen stattfinden können, wird definitiv erreicht.

## 7 Verschiedenes

### a) Medienressort

Vor dem Hintergrund der mittlerweile korrigierten Falschmeldung, dass Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) im Kabinett Wüst wieder „Medienminister“ werden solle, möchte **Alexander Vogt (SPD)** wissen, ob nun Ministerpräsident Hendrik Wüst das Medienressort übernehme.

**StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei)** erklärt, dass im Zusammenhang mit der Pressemitteilung ein redaktioneller Fehler unterlaufen sei, den er zu entschuldigen bitte. Mittlerweile habe man das aber korrigiert, unter anderem via Twitter.

Was die Ressortzuschnitte angehe, könne man die presseöffentlichen und seitens der dpa vermeldeten Äußerungen von Ministerpräsident Hendrik Wüst bei der Ernennung der Minister als konstitutiv betrachten, und hier sei Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) nicht als zuständig für den Bereich „Medien“ benannt worden.

### b) Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag

**Vorsitzender Oliver Keymis** kündigt an, die Sitzung wegen des anschließend in diesem Saal tagenden Ausschusses für Digitalisierung und Innovation bald schließen zu müssen.

**StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei)** berichtet:

> Wenn ich das so sagen darf: Die Redeanteile der Medienpolitiker in der heutigen Sitzung nehmen sich bescheiden aus. – Wir haben in der vergangenen Woche auf der Jahreskonferenz der Regierungschefinnen und -chefs der Länder den Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag beschlossen. Es ist in Aussicht genommen, diesen nach Vorunterrichtung der Landtage ab Dezember zu unterzeichnen.
>
> Inhaltlich geht es bei diesem Medienänderungsstaatsvertrag um Maßgaben zur Barrierefreiheit. Ich meine, dass das ein Thema bzw. ein Anliegen ist, das uns alle verbindet. Europarechtliche Vorgaben aus der AVMD-Richtlinie sollen umgesetzt werden. Dazu wurden zwei große Anhörungen durchgeführt, bei denen, wie ich finde, sehr umsichtig darauf geachtet wurde, dass die Betroffenen bzw. ihre Verbände daran teilnehmen und ihre Anliegen einbringen konnten. Das ist in großem Umfang gelungen, und jetzt sind die Änderungen konsentiert.
>
> Ich habe dieses Thema für den TOP „Verschiedenes“ angemeldet, weil wir mit Blick auf die Umsetzungsfrist zum Juni 2022 und die für den Mai 2022 terminierten Wahlen in Nordrhein-Westfalen möglicherweise unter Zeitdruck geraten könnten. Damit der Landtag nicht zu sehr unter Druck gerät, wollen wir als Landesregierung das Verfahren auf unserer Seite so stark wie möglich beschleunigen. Deshalb erfolgt hier eine erste Unterrichtung, wobei dies im November auch noch in regulärer Weise

geschehen wird, sodass im Dezember unterschrieben und entsprechend weiter verfahren werden kann. So kann der Landtag noch vor Abschluss dieser Legislaturperiode beraten.

Es könnte sein, dass wir trotz der Beschleunigung aufseiten der Landesregierung eine Sondersitzung ansetzen oder auf bestimmte Schritte verzichten müssen, weshalb ich Ihnen sehr dankbar wäre, wenn Sie dieses Verfahren ab Dezember möglichst konstruktiv begleiten würden.

**Vorsitzender Oliver Keymis** fügt hinzu, dass man über die einzelnen Verfahrensschritte beraten werde, auch im Rahmen der Obleuterunde. Bisher habe der AKM Derartiges immer konstruktiv abgearbeitet, trotzdem könne man nie versprechen, dass alles genauso funktioniere, wie man es wolle.

**c) Dritte Orte im ländlichen Raum**

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** berichtet:

Sie wissen, dass die Dritten Orte uns sehr beschäftigt haben. Wir haben jetzt eine Broschüre dazu erstellt. Unter anderem geht es darum, zu visualisieren, wo die überall sind. Sie werden feststellen, dass sie kreuz und quer im Land verteilt sind – das ist ein wichtiger Punkt – und dass es sehr unterschiedliche Ausprägungen gibt. Büchereien hätte man in diesem Zusammenhang noch am ehesten erwartet, aber es geht auch um die Nutzung von historischen Gebäuden und Ladenlokalen sowie Kulturzentren bzw. soziokulturellen Zentren. Wir haben uns bemüht, diese Bandbreite zu zeigen. Jeder kann schauen, was jeweils in der Nähe liegt. Ich empfehle Ihnen die Lektüre dieser Broschüre, weil man dann besser versteht, worum es geht, als wenn man hier immer nur abstrakt darüber redet.

**Vorsitzender Oliver Keymis** ergänzt, dass die Broschüre einen guten Überblick liefere und man sich bei Bedarf nochmals mit dem Thema beschäftigen könne.

**d) WDR-Geschäftsbericht 2020**

Der Ausschuss nimmt die Vorlage Drucksache 17/5662 zur Kenntnis.

**e) Zuordnungen von Übertragungskapazitäten**

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen Drucksache 17/5700 und Drucksache 17/5833 zur Kenntnis.

### f) Begrüßung von János Buck

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Schon den ganzen Nachmittag sitzt János Buck hier. Er ist von der Grünenfraktion als neuer wissenschaftlicher Mitarbeiter für den Bereich „Kultur und Medien“ engagiert worden. Herr Buck, herzlich willkommen im Kreis der Mitarbeiterschaft.

### g) Verabschiedung von Dr. Stefan Nacke (CDU)

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Ich gratuliere dem Kollegen Dr. Nacke zu seiner Wahl in den Bundestag. Er war Mitglied des Landtags sowie stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses, und jetzt ist er MdB.

(Andreas Bialas [SPD]: Da können wir auch mal klatschen! – Beifall von allen Fraktionen)

Falls jemand denkt, dass das doppelte Kohle bedeutet: Profis wissen natürlich, dass dem nicht so ist. – Ist das heute deine letzte Sitzung bei uns?

(Dr. Stefan Nacke [CDU]: Genau!)

– Dann hast du die Gelegenheit, kurz das Wort an uns zu richten. Es wäre schön, wenn du noch ein paar Sätze sagst, bevor du gehst.

**Dr. Stefan Nacke (CDU):** Lieber Vorsitzender, lieber Oliver! Meine Damen und Herren Kollegen! Wenn es am schönsten ist, soll man gehen, und das Schönste kommt zum Schluss. Heute ist tatsächlich mein letzter Arbeitstag hier. Zum Ende des Monats habe ich mein Mandat niedergelegt. Es ist ein Aufbruch in eine neue Zeit.

Die vergangenen viereinhalb Jahre waren beruflich meine schönsten. Die Arbeit, die man hier machen kann, in der Fraktion, mit dem Koalitionspartner und mit den Kollegen aus den anderen Parteien, ist einfach toll. Gerade im Kreis des Kulturausschusses habe ich den Umgang miteinander sowie das Interesse aneinander und an der Diskussion als besonders wertvoll und gut empfunden. Ich fand es außerdem sehr bereichernd, konstruktiv Politik zu machen, anstatt eine Bühne zu nutzen, um sich gegenseitig vorzuführen Ich hoffe und wünsche Ihnen und euch, dass es in Zukunft so weitergeht.

Ich breche jetzt nach Berlin auf. Wahrscheinlich wird es einen Arbeitsschwerpunktwechsel in Richtung Sozialpolitik geben. Ich möchte gerne in den entsprechenden Ausschuss und vielleicht auch in den für Forschung. Das ergibt sich aber erst, wenn die neue Koalition sich formiert hat, die Ressortzuschnitte klar sind und die Ausschüsse gebildet werden. – Vielen Dank und weiter eine gute Zeit für Nordrhein-Westfalen und für Deutschland!

(Beifall von allen Fraktionen)

**Vorsitzender Oliver Keymis:** Vielen Dank, lieber Stefan Nacke, für deine Zeit hier bei uns. Du hast nicht viele, aber manche Sitzung geleitet und mich prima ersetzen können. Wir sind sehr dankbar, dass wir dich bei uns hatten. Jetzt wirst du einen neuen Weg einschlagen.

Ich weiß natürlich, dass es hier viel schöner ist als in Berlin. Das ist ja logisch.

(Heiterkeit)

Keine Frage: Dieses Berlin ist furchtbar, aber natürlich wichtig. Viel Glück auf deinem Weg, und alles Gute von mir und diesem Ausschuss für die neue Aufgabe – toi, toi, toi!

**Andreas Bialas (SPD):** Herr Vorsitzender, eigentlich haben Sie alles gesagt. Ich will aber für die größte Oppositionsfraktion auch das Wort ergreifen: Lieber Stefan, ich kann nicht verstehen, warum man nach Berlin will, wenn man in Düsseldorf sein kann; das habe ich einem Kollegen, der gegangen ist, auch gesagt. Aber du hast dich entschieden, und die Wähler haben sich entschieden. Herzlichen Glückwunsch! Ich wünsche dir persönlich viel Erfolg, Erfüllung und Zufriedenheit. Letztere hast du dir hier – du siehst immer noch so entspannt aus wie vor viereinhalb Jahren – augenscheinlich bewahren können. Viel Spaß!

**Alexander Vogt (SPD):** Herr Dr. Nacke, auch meinerseits herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von allen Fraktionen)

gez. Oliver Keymis
Vorsitzender

**2 Anlagen**
10.12.2021/13.12.2021
10

NRW
DIE FRAKTION
SPD

Andreas Bialas (MdL)

Kulturpolitischer Sprecher
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2696
Fax: 02303 – 253 3357
Andreas.Bialas@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn
Oliver Keymis (MdL)
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

05.10.2021

**Beantragung eines schriftlichen Berichts für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 28.10.2021:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 28. Oktober 2021 folgenden schriftlichen Bericht:

**1) Verkauf der Wirkungsstätte von Joseph Beuys in Düsseldorf**

Laut Berichterstattung der Welt am Sonntag (4.2.2021) soll die Wohn- und Wirkungsstätte Joseph Beuys` in Düsseldorf-Oberkassel auf dem freien Markt zum Verkauf stehen. Das Land habe kein Interesse an dem Erwerb und Erhalt der Wohn- und Wirkungsstätte gezeigt.
Insbesondere vor dem Hintergrund des 100jährigen Jubiläums Beuys` in diesem Jahr, bitten wir die Landesregierung um einen Bericht und eine Stellungnahme zu dem erwähnten Artikel und die darin erwähnten Positionen der Landesregierung zum Erwerb bzw. Verkauf der Wohn- und Wirkungsstätte.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Bialas

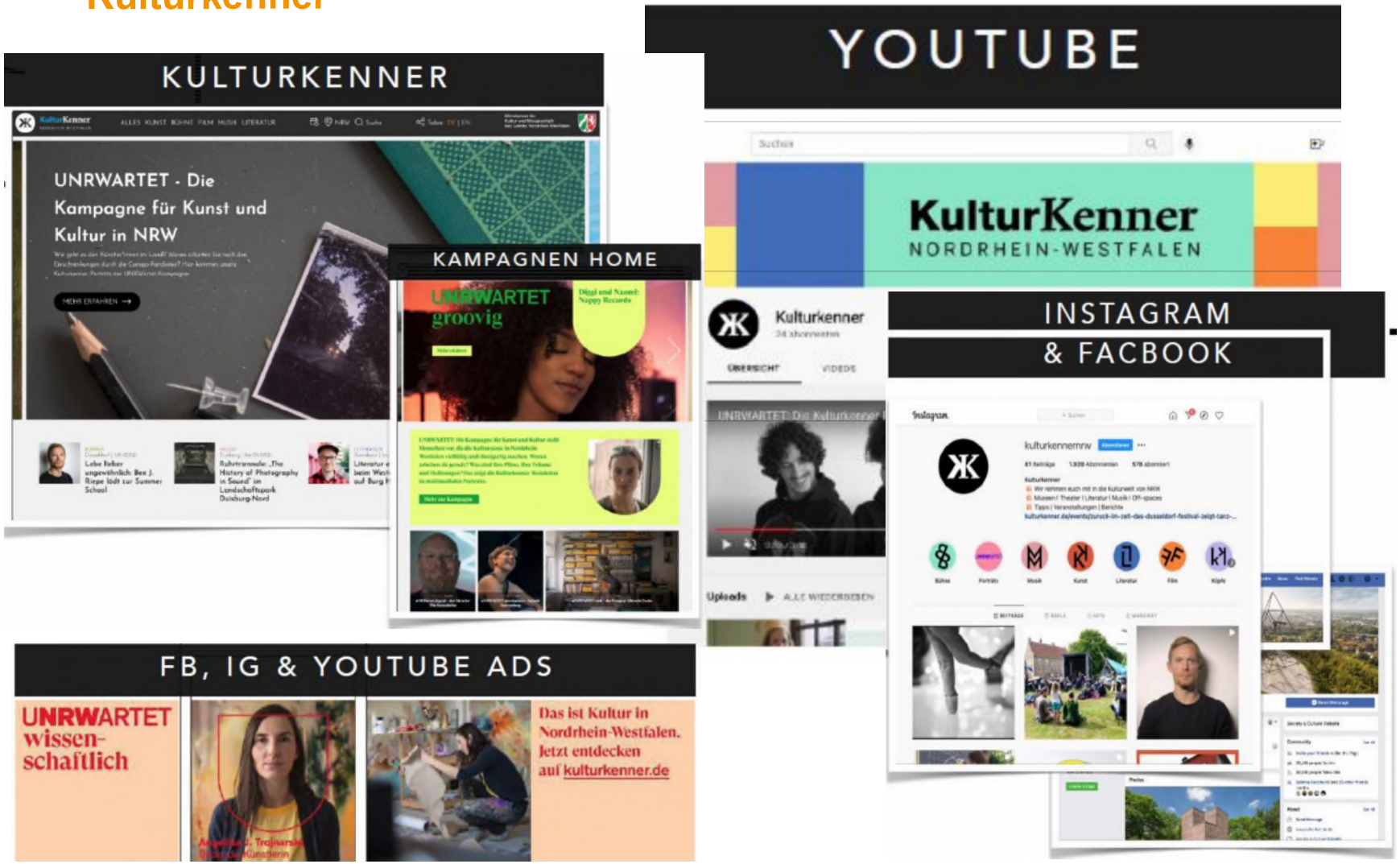
Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

# „UNRWARTET“ — KAMPAGNE FÜR KUNST UND KULTUR

67. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien
Donnerstag, 28. Oktober 2021

# 1. UNRWARTET (Phase 1): Online-Kampagne auf dem Kulturkenner

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

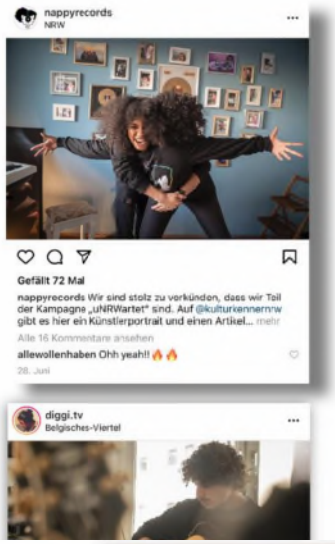
# 2. Rückblick UNRWARTET (Phase 1)

**24 Mio** ausgespielte Anzeigen auf Youtube, Facebook und Instagram

**99.866** Klicks auf Anzeigen

**178.689** Leserinnen und Leser auf dem Kulturkenner

**+ 2,4 x mehr** Besucher auf dem Kulturkenner



Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

# 3. UNRWARTET (Phase 2): Fokus auf Kulturinstitutionen

# 4. UNRWARTET (Phase 2): Motive

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

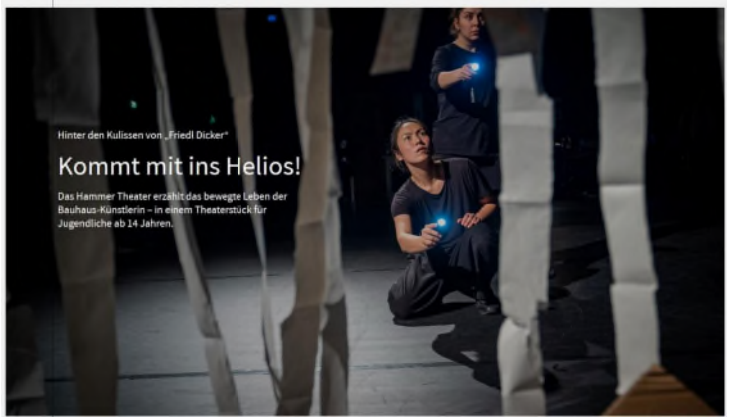
# 5. UNRWARTET (Phase 2): Plakate

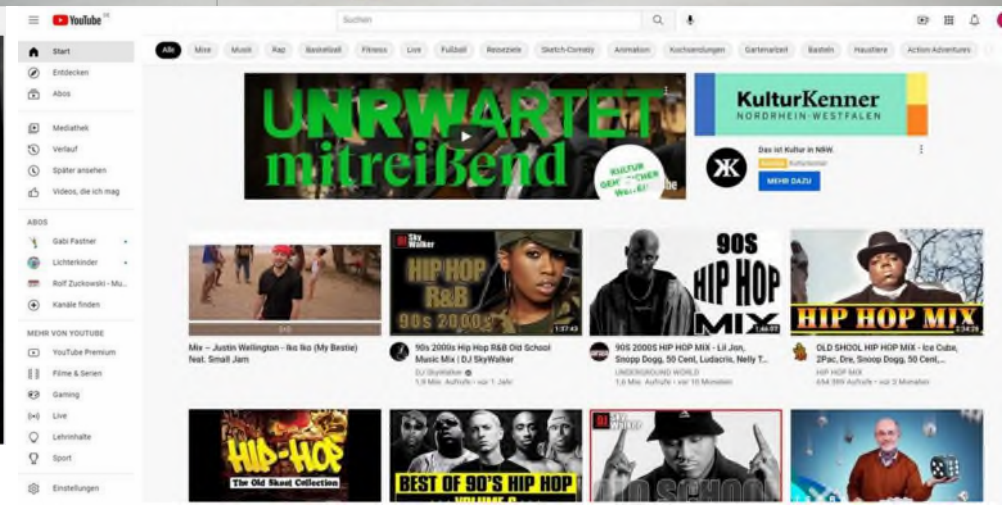
Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

# 6. UNRWARTET (Phase 2): Online-Kampagne auf dem Kulturkenner

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Ein Besuch bei den Proben zu „Friedl Dicker" – in unserer Multimedia-Story:



Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

# VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT